



Wahlnachlese 2002

Bilanz und Ausblick: Parteien - Medien - Strategien

Umbau beschränkt Seminarangebot



„Liebe Wählerinnen und Wähler, wir danken Ihnen für das Vertrauen, das wir in uns gesetzt haben!“

Zeichnung: Hanitzsch

Die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl sind bekannt: Ein Patt der großen Volksparteien, eine knappe Mehrheit für die alte und neue Regierung Schröder-Fischer. Doch wie kam es dazu? Welche Themen bestimmten die Wählerentscheidung? Welche Rolle spielte das Image der Kandidaten? Warum stürzte die FDP ab? Und warum konnte die Union im Norden der Republik nicht gewinnen? Experten aus Wissenschaft und Politik nahmen die Strategien der Parteien, Motive der Wähler und die Rolle und Wirkung der Medien unter die Lupe.

Seite 3

Krieg - Frieden - Terror

Zahlreiche Akademieveranstaltungen kreisten um die Themen des drohenden Irak-Krieges, des internationalen Terrorismus und der angespannten deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Siehe die Seiten 8-19

Gen-Ethik

Sind die neuen Möglichkeiten der „Präimplantationsdiagnostik“ (PID) Fortschritt oder Fluch? Kontroverse Standpunkte waren in einer Fachtagung zu hören. **Seite 30**

Seite 30

Von April bis Juni 2003 können wir leider wegen umfangreicher Bau- maßnahmen nur einen eingeschränkten Tagungsbetrieb aufrechterhalten.

Das Gästehaus bleibt voraussichtlich von April bis Ende Juli geschlossen. Einen Teil der Programme werden wir in Hotels und andere Tagungshäuser verlegen, andere Seminare werden in Tutzing stattfinden. Die Gäste werden in umliegenden Hotels untergebracht. Von Fall zu Fall werden wir nicht umhin kommen, damit verbundene Mehrkosten wenigstens teilweise an unsere Teilnehmerinnen und Teilnehmer weiterzugeben. Beachten Sie bitte deshalb in den Seminareinladungen die jeweiligen organisatorischen und finanziellen Hinweise.

Eine erste Übersicht der geplanten Programme April bis Juli finden Sie in diesem Heft auf den Seiten 39-40.

Am schnellsten und aktuellsten informieren Sie sich bitte über unsere Internetseite www.apb-tutzing.de.

Wir hoffen trotz dieser Schwierigkeiten, Ihnen ein interessantes und auch finanziell immer noch attraktives Angebot unterbreiten zu können.

Der nächste Akademie-Report erscheint wegen des reduzierten Tagungsangebots voraussichtlich erst Mitte Juli als Doppelausgabe 2/3-2003.

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter
Akademiedirektor

Inhaltsverzeichnis

Seite

Nachlese:

Die Bilanz des Wahljahres 2002

3

Akademiegespräch im Landtag:

Die Sprache des Anderen lernen

8

Kriegserklärung an die Weltwirtschaft

10

Der Kampf gegen Krieg und Terror

13

„Kleine“ Kriege erschüttern die globale Sicherheit

16

Städte in Not:

Regieren mit dem Rotstift

20

Parteiensysteme in Europa

23

Im Schatten der Macht

23

Die Welt als Wundertüte

24

Medienethik:

Verbesserte Chancen für den Jugendschutz in den Medien

27

Ethik und Medizin:

Fortschritt oder Fluch?

30

„Klar sind die Deutschen anders, sie sind ja auch Deutsche!“

32

Emotion und Anekdoten statt Erklärung und Analyse?

34

Rezensionen - Neuerscheinungen - Publikationen

36

Jahresbibliografien 2002

37

Themen - Tagungen - Termine

39

Zeitungsecho - Medienstimmen - Pressesplitter

41

Namen und Nachrichten

44

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans Maier

Vorsitzender des Beirats:

Siegfried Kett

Kollegium:

Klaus Grosch

Internat, Politik, Landeskunde, Sozialpolitik und -arbeit, Erwachsenenbildung

Prof. Dr. Peter Hampe, Dozent

Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung

Dr. Michael Piazolo, Dozent

Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Schröder, Dozent

Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier

Pers. Referent des Direktors

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen Weber, Dozent

Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz Willenborg

Gesellschaft und Umwelt,

Sozialpolitik und -arbeit

Miriam Wolf

Ethik und Politik

Organisationsreferat:

Elke Leisching

Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1 82323 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

E-Mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

(verantw.)

Dr. Michael Schröder

(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

Offsetdruck Schwarz GmbH

Rohrauerstraße 70 81477 München

Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Die Bilanz des Wahljahres 2002

Strategien – Kandidaten – Wähler – Medien – Parteien

Wie bereits 1994 und 1998 war auch die Bundestagswahl 2002 Gegenstand einer umfassenden und fundierten Wahlnachlese. Die Tagung, die in Zusammenarbeit mit der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen, deren stellvertretender Vorsitzender Prof. Oberreuter ist, durchgeführt wurde, konzentrierte sich auf die Themenbereiche „Strategien und Methoden des Wahlkampfes“, „Wählerstimmen und Wahlentscheidung“, „Medien im Wahlkampf – Wahlkampf in den Medien“ sowie „Perspektiven des Parteiensystems nach der Wahl“.

Strategien und Methoden

„Ich wundere mich immer noch“, so Matthias Machnig, der Leiter der SPD-Wahlkampfzentrale Kampf/02, „dass Stoiber so leichtfertig in die Fernsehduellfalle getappt ist.“ Seiner Ansicht nach musste auch den Wahlkampfmanagern auf der Unionsseite klar sein, dass der Kandidat dabei – trotz aller Fortschritte im Auftritt – gegen den Medienmann Schröder nicht gewinnen konnte. Überhaupt sei dieser Wahlkampf aus der Sicht der Macher, so Machnig, entscheidend mit geprägt gewesen von Fehlern auf beiden Seiten: Die Union kralte sich bis zuletzt monothematisch am Thema Arbeitslosigkeit fest und zeigte sich zu kurzfristigen Strategieanpassungen an neue Themen und Situationen (Flutkatastrophe, Irak) außerstande. Je näher dann der Wahltermin rückte, desto stärker wurde der Kandidat ins Zentrum der Kampagne gerückt. Das Kompetenzteam rückte zunehmend in den Hintergrund. Den Wahlkampf so zu personalisieren war aber angesichts der niedrigen Sympathiewerte für Stoiber kontraproduktiv. Die SPD hingegen war zu spät in den Wahlkampf gestartet, musste erst einmal das Feld der Union überlassen und sah dann keinen anderen Weg mehr, als sich ganz auf die Person des Kanzlers zu konzentrieren. Dass dies schließlich knapp aufging, war nicht nur eine Folge der Flut. Viel-

mehr bildete die Basis des rot-grünen Erfolgs die erfolgreiche Strategie, die Verhinderungsmehrheit eines „Anti-Stoiber-Bündnisses“ zusammen zu bringen. „Unter Professionalitätsaspekten gesehen“, so Machnig, „haben die Grünen den besten Wahlkampf geführt.“ Dieser war einerseits auf Joschka Fischer zugeschnitten, andererseits verstand es die Partei aber auch geschickt, Themen vor allem auf außenpolitischem und ökologischem Feld zu positionieren.

Ähnlich der Analyse Machnigs über die Defizite der Unions-Kampagne urteilte auch Wolfgang G. Gibowski,



Matthias Machnig (l.) und Wolfgang Gibowski analysierten Fehler auf beiden Seiten
Fotos: Schröder

ehemals Vize-Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung unter Helmut Kohl. Die Union habe übersehen, dass „alle Wahlen in den letzten Wochen entschieden werden.“ Während dieses entscheidenden Zeitraumes war die Performance des Spitzenkandidaten der SPD besser.

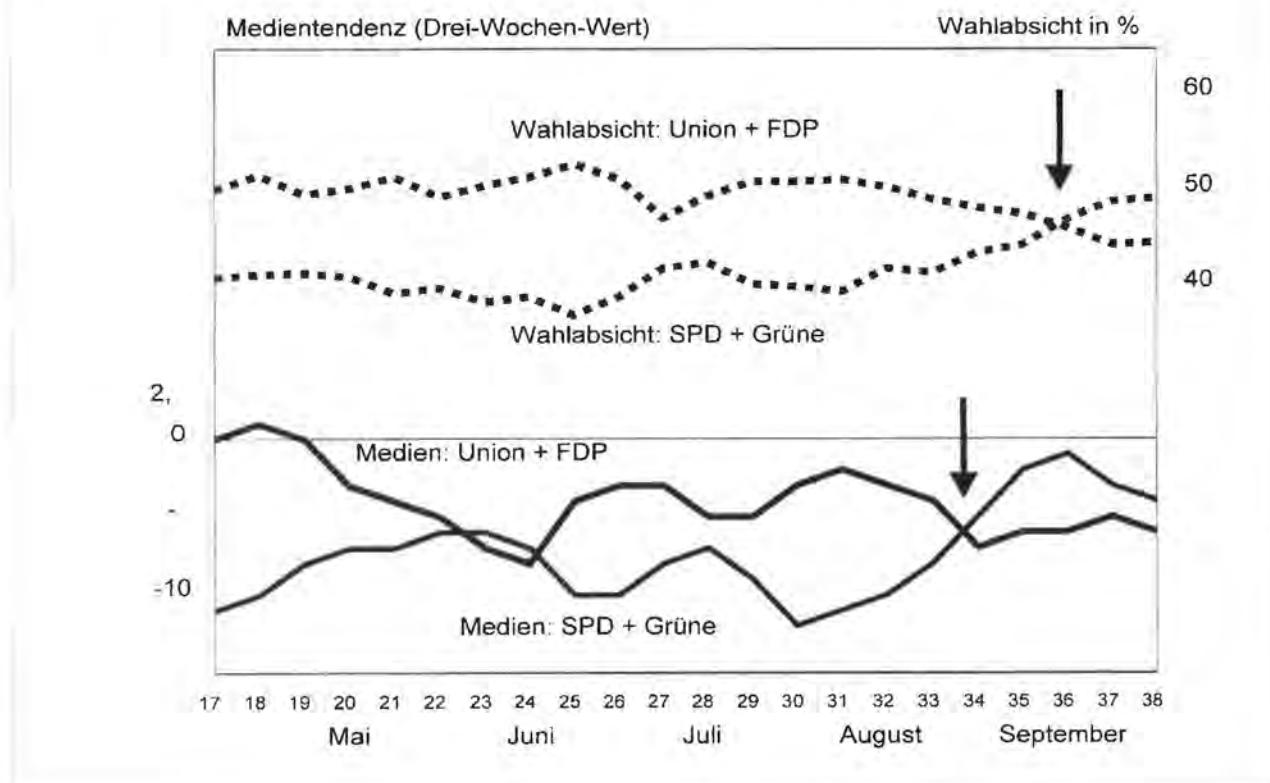
Gibowski sah einen wichtigen Grund für die Passivität der Unions-Kampagne auch darin, dass man sich angesichts der demoskopischen Daten seit etwa Mai 2001 schon als der sichere Sieger wähnte. Hinzu kam die Weigerung der FDP, eine klare Koalitionsaussage für schwarz-gelb zu machen. Dies habe der FDP im Westen erheblich mehr Stimmen gekostet als sie dadurch im Osten hinzu gewann.

Der Frage, wie Themen von den Parteien im Wahlkampf gemanagt werden könnten, nahm sich der Kommunikationswissenschaftler Frank Brettschneider von der Universität Augsburg an. In der Mediengesellschaft spielen dabei die Massenmedien – besonders das Fernsehen – die zentrale

Rolle (Graphik 1). Um die beiden Wahlziele Mobilisierung der Stammwähler und Überzeugung der Wechselwähler zu erreichen, gelte es für alle Parteien und Kandidaten, Medienpräsenz mit einer möglichst positiven Tendenz zu erreichen und das thematische Umfeld für sich möglichst günstig zu gestalten. Themen- und Ereignismanagement ist

hierfür die Strategie, Agenda-setting, Agenda-cutting und Agenda-surfing sind die Methoden. Dass sich Schröder nicht nur auf Erstes und Letzteres (Flut, Irak) versteht, sondern auch auf das „Abschneiden“, zeigte sein Umgang mit dem Unions-Thema Arbeitslosigkeit.

Graphik 1
Quelle: Brettschneider



Wählerstimmen und Wahlentscheidung

Wahlstrategien sind die eine Sache, das Wahlergebnis eine andere. Roberto Heinrich, Projektleiter bei Infratest dimap, stellte im Rückblick fest, dass das Stimmverhalten bei der Bundestagswahl 2002 stark von situativen Faktoren beeinflusst wurde. Von einer Auflösung stabiler Muster könne gleichwohl keine Rede sein. Es sei nach wie vor so, dass bestimmte soziale Gruppen unterschiedliche Parteien präferierten: beispielsweise Arbeiter die SPD, Selbstständige und Landwirte sowie konfessionell gebundene Wähler dagegen die Union. Allerdings seien diese Gruppen ihrem Umfang nach rückläufig; bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern, dem eigentlichen Traditionssegment der SPD, sei zudem wegen der Reformpläne von Rot-Grün (Stichworte Steuerreform, Rentenreform) eine deutliche Distanzierung zu beobachten ge-



Dieter Roth: geringere Wechselstimmung als 1998

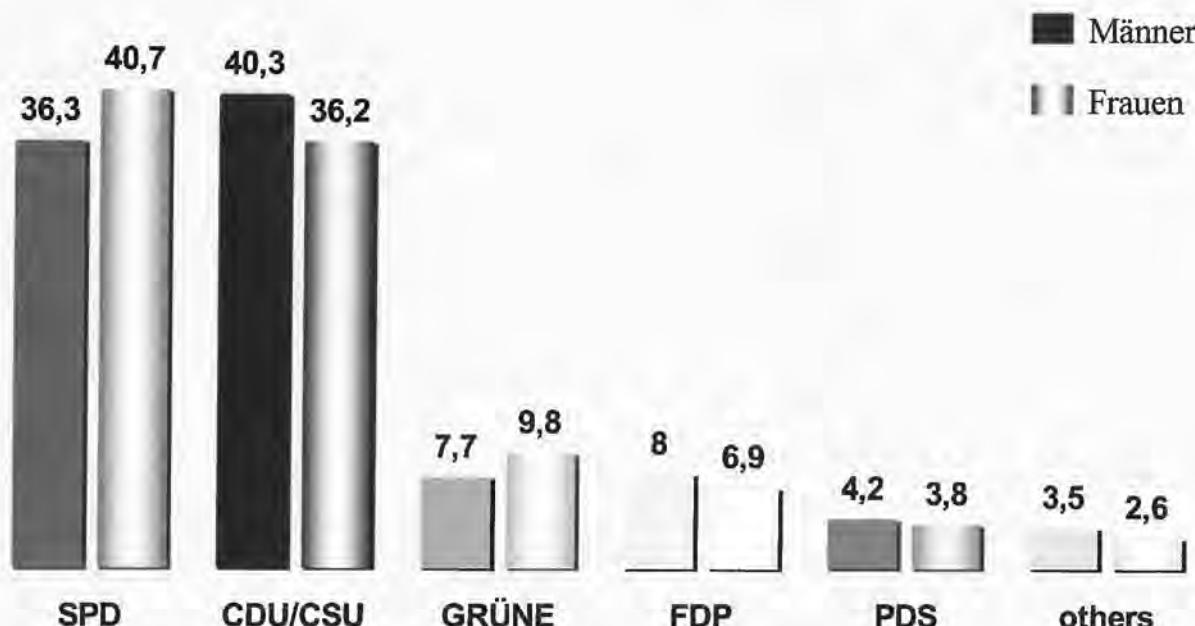
wesen. Entscheidender, um nicht zu sagen wahlentscheidend, sei dieses Mal aber nicht der ökonomische oder konfessionelle Konflikt gewesen, sondern das unterschiedliche Geschlech-

terverhalten: „Rot-Grün wurde eindeutig von den Frauen gewählt. Die Männer hätten dagegen auf Schwarz-Gelb gesetzt.“ Insbesondere berufstätige Frauen und junge, in der Ausbildung befindliche Frauen hätten SPD und Grünen ihre Stimme gegeben (Graphik 2).

Dieter Roth von der Forschungsgruppe Wahlen machte auf eine weitere Wählergruppe aufmerksam, deren Bedeutung in Zukunft noch steigen wird: die der potenziellen Wechselwähler. Schon heute sagen 37 Prozent der Wähler von sich, sie könnten sich nicht mit einer bestimmten Partei identifizieren. Die Tendenz ist steigend. Und eben diese Wähler hätten die Angewohnheit, sich erst in letzter Minute zu entscheiden. Dass die rot-grüne Koalition ihre Regierungsmehrheit knapp verteidigen konnte, begründete Roth denn auch in erster Linie mit der fehlenden Wechselstimmung, die 2002 deutlich geringer ausgeprägt gewesen sei als 1998. Auch die Hochwasserkatastrophe im August habe zweifellos Einfluss auf den Wahlausgang gehabt.

Wahlergebnis 2002: nach Männern und Frauen

Prozente



eine Aufwärtsbewegung zugunsten der SPD hatte aber schon davor eingesetzt. Ansonsten habe Rot-Grün nicht zuletzt auch deswegen gewonnen, weil die Union im Wahlkampf Fehler gemacht habe: Zum einen habe sie sich der Relativierung ihres Kompetenzvorsprungs nicht gestellt, zum anderen sei es falsch gewesen, nur ein Thema in den Vordergrund zu stellen. Das schlechte Abschneiden der FDP führte Roth primär nicht auf das umstrittene Möllemann-Flugblatt, sondern auf eine verfehlte Wahlstrategie und den Verzicht auf eine Koalitionsaussage zurück. Eine Mehrheit der FDP-Anhänger hätte eindeutig eine Koalitionsaussage zugunsten der Union befürwortet.

Demgegenüber vertrat Renate Köcher, Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach, die Ansicht, dass das Wahlkampf-Flugblatt von Jürgen Möllemann der FDP sehr wohl Stimmen gekostet habe. Immerhin hätten sich 41 Prozent der FDP-Anhänger bei einer Allensbach-Befra-



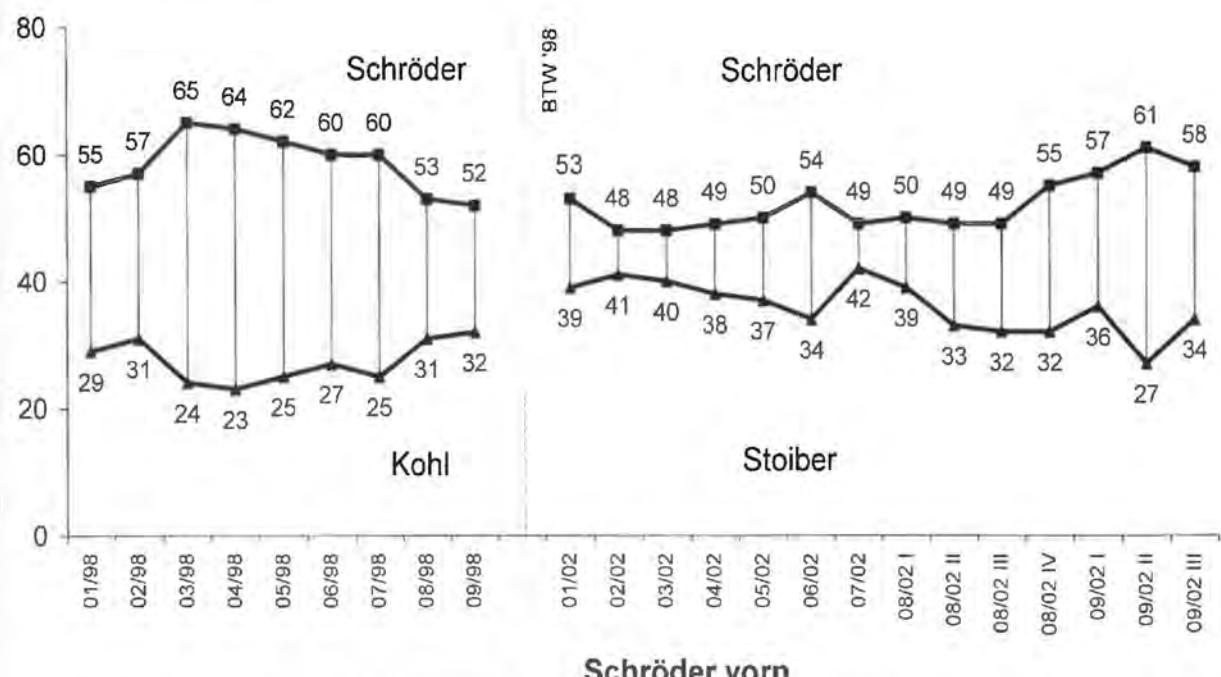
Renate Köcher: „Schröder ist ein Surfer auf den Aufregungswellen.“

gung in diesem Sinne geäußert. Man habe wohl einen Rechtsruck der Partei, eine Art Haider-Effekt befürchtet. Daher sei das FDP-Ergebnis in dieser Form nicht vorhersehbar gewesen. Ganz abgesehen davon habe kein einziges Institut prognostiziert, dass die

Grünen am Ende vor der FDP liegen würden. Im Gegenteil: Noch vor ein paar Monaten sei allgemein darüber diskutiert worden, ob die Grünen nach 13 verlorenen Landtagswahlen überhaupt den Wiedereinzug in den Bundestag schaffen würden. Doch dieser Mangel an Kontinuität sei in gewissem Sinne symptomatisch gewesen für den Wahlkampf insgesamt. Dieser sei geprägt gewesen von „Aufregungszyklen“. Ein Skandal (Pisa-Studie, Bonusmeilen-Affäre usw.) habe den anderen gejagt, um ein paar Wochen später wieder sang- und klanglos in der Versenkung zu verschwinden. Die besten Chancen auf den Wahlsieg habe insofern derjenige, der es verstehe, in diesem Auf und Ab der Themen und Emotionen immer oben zu schwimmen. Und dieser „Surfer auf den wechselnden Aufregungswellen“ sei nun mal Gerhard Schröder gewesen (Graphik 3).

Graphik 3

Quelle: Infratest dimap



Schröder vorn

Sowohl 1998 als auch 2002 lag Schröder immer vorn: 1998 waren es 30 Punkte vor Amtsinhaber Kohl, am Ende der Kampagne 2002 lag der Kanzler 24 Punkte vor seinem Herausforderer Stoiber.

Medien im Wahlkampf - Wahlkampf in den Medien

Für Siegfried Weischenberg von der Universität Hamburg bot der Medienwahlkampf 2002, der erste der „Berliner Republik“ übrigens, ein schillerndes Bild. Auf der einen Seite verkomme Politik immer mehr zur soap-opera, der Wahlkampf diene letztlich der Produktion und Reproduktion eines Images. Das Fernsehen, das Weischenberg als „Medium der Amerikanisierung“ bezeichnete, werde im Wahlkampf immer wichtiger. Bekanntlich habe es zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ein TV-Duell zwischen dem Kanzler und seinem Herausforderer gegeben. Auf der anderen Seite sei man hierzulande von amerikanischen Verhältnissen noch weit entfernt. Wie sonst wäre es zu erklären, dass trotz des deutlichen Sympathievorsprungs für Schröder um ein Haar Stoiber das Rennen gemacht hätte. Auch die Professionalisierung des Wahlkampfes lasse im Vergleich zu den USA zu wünschen übrig. So sei



Siegfried Weischenberg: noch weit von amerikanischen Verhältnissen entfernt

der Wahlkampf in den Printmedien gekennzeichnet gewesen von diversen „Panikreaktionen“. Dem Medienmann

Schröder stellte Weischenberg in diesem Zusammenhang kein gutes Zeugnis aus. Er habe keineswegs souverän, sondern mit geradezu „Pawlowschen Reflexen“ reagiert, wie etwa die Klage gegen die Nachrichtenagentur ddp wegen seiner angeblich gefärbten Haare zeige.

Nicht minder schillernd präsentierte sich die Berichterstattung der Medien über die Kandidaten. Beispiel Schröder: Die Darstellung seiner Persönlichkeit sei überwiegend positiv gewesen, resümierte Hans Mathias Kepplinger von der Universität Mainz, die seiner Sachkompetenz hingegen „verheerend“. Die Folge: das so genannte „Schröder-Paradoxon“. Das bestehe darin, dass Schröder in der Wahrnehmung der Mehrheit ein „sympathischer Taugenichts“ sei, „der die Probleme zwar nicht lösen kann, aber dennoch weitermachen soll.“ Mit anderen Worten: Die Diskrepanz zwischen Persönlichkeit und Sachkompetenz habe

Schröder nicht geschadet, zumindest die Wähler nicht davon abgehalten, für ihn zu stimmen. Das Verhalten der Wähler deckt sich im Übrigen mit den Ergebnissen der Mainzer Wahlstudie. Demnach orientierten sich die Wähler bei ihrer Wahlentscheidung in erster Linie an allgemein-menschlichen Eigenschaften, wobei Sympathie erwiesenermaßen als vorherrschend für die Kanzlerpräferenz gelte. Daran könne auch die Tatsache nichts ändern, dass die Wähler selbst bei Befragungen überwiegend objektive Gründe geltend machen.

Ein eigenes Kapitel ist die Berichterstattung der Medien über die TV-Duelle. Hier schnitt Schröder in den Augen der meisten Journalisten besser ab als sein Herausforderer Stoiber. Und diese Einschätzung hatte auch Auswirkungen auf die Stimmungslage in der Bevölkerung insgesamt, wie Wolfgang Donsbach von der TU Dresden berich-

tete. Lagen Schröder und Stoiber unmittelbar nach Ende des ersten TV-Duells fast gleichauf, habe sich das Bild in den folgenden drei bis sechs Tagen



Wolfgang Donsbach: Machtzuwachs der Medien mit Sorge betrachtet

grundlegend geändert. Unter dem Eindruck der besseren Kritiken für Schröder habe es 35 Prozent Wechsler gegeben. Ganz zu schweigen von den Nichtsehern, die mehrheitlich den Kanzler als Sieger des Fernsehduells gesehen hätten. Das zeige, wie groß der Einfluss der Medien mittlerweile geworden sei – ein Einfluss, den Donsbach mit großer Sorge betrachtete. Denn der Machtzuwachs der Medien und der damit einher gehende Trend zur Personalisierung gehe zu Lasten der Parteien insgesamt, insbesondere aber zu Lasten der kleinen Parteien, die mehr und mehr an den Rand gedrängt würden und Mühe hätten, sich Gehör zu verschaffen. Eine solche Entwicklung bringe systemfremde Elemente in unser bundesdeutsches Mehrpartiensystem, warnte Donsbach.

Perspektiven des Parteiensystems nach der Wahl

Noch nie sei es vorgekommen, dass eine Bundesregierung nach vier Jahren abgewählt worden sei, stellte der Parteienforscher Richard Stöss (FU Berlin) fest. Zwar sah es lange Zeit nicht nach einem erneuten rot-grünen Erfolg aus, doch kann festgestellt werden: „Im Grunde hat die Koalition nur weniger Fehler gemacht als die Opposition und dann auch noch von einer Besonderheit des deutschen Wahlsystems, nämlich den Überhangmandaten, profitiert.“ Die Regierung hat allerdings auch nicht unwesentlich von gouvernemantalen Beharrungseffekten, von einer gewissen Veränderungsscheu der Bevölkerung profitiert, die gerade in den letzten Wochen einen „last-minute-swing“ bewirkte. Was den Parteien abhanden gekommen sei, so Stöss, ist die Fähigkeit, den Wählern ihre Grundorientierung wieder deutlich zu machen. Statt dessen werde nur noch auf Umfragewerte geschielte.

Auf die Frage, ob das Parteiensystem im Wandel begriffen sei, erkannte der Politikwissenschaftler Everhard Holtmann (Universität Halle) Elemente der

Stetigkeit wie der Bewegung gleichermaßen. Ein Hinweis auf Kontinuität sei für ihn die Tatsache, dass die Stammwähleranteile in Westdeutschland stabil geblieben seien und in Ostdeutschland sogar leicht anwachsen würden. Auch Parteiidentifikation ist durchaus vorhanden. Allerdings ist diese nicht mehr länger so sehr traditionell (Katholiken wählen Union, Gewerkschaftler wählen SPD), sondern mehr rational, weil punktuell und themenbezogen. Andererseits werde die Erfordernis an die Parteien immer deutlicher, sich wandeln zu müssen, um ihre Rolle weiterhin erfüllen zu können. Holtmanns Meinung zufolge werde die Entwicklung weg von der Programmpartei und hin zu einer Art Leitlinienpartei gehen. Dabei gehe es darum, die programmatischen Inhalte anwenderfreundlicher zu gestalten. Auf die FDP ging Holtmann mit der These ein, das Projekt „18“ war das Label für eine bürgerliche Protestpartei. Dass die Kampagne der Partei zwischen der Spaßkomponente und dem kalkulierten Tabubruch oszillierte, war Folge dieser Strategie.

Die einige Male angesprochene Beratungsresistenz von Parteien bestätigte Viola Neu, Teamleiterin Wahl- und Parteienforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung. „Wahlkämpfende Politiker und Parteifunktionäre, egal welcher Partei“, so Neu, „suchen sich die Umfrageergebnisse raus, die ihre Ansichten bestätigen.“ Gerade Volksparteien stehen immer mehr vor dem Problem, dass sie vom Wähler nicht mehr klar identifiziert werden können. Neu plädierte deswegen dafür, dem Wähler wieder eine „Grundvermutung“ über die grundlegenden Standort einer Partei zu vermitteln. Gemessen an US-Wahlkämpfen war der vergangene Bundestagswahlkampf noch nicht sonderlich professionell. Bei den meisten Wahlkämpfern sei eben die Einsicht noch nicht angekommen, dass der Wähler „ein unberechenbares Wesen und kein berechenbares Unwesen ist.“ ■

Heike Bartosch
Manfred Schwarzmeier

Die Sprache des Anderen lernen

Die deutsch-amerikanische Partnerschaft in schwieriger Zeit

Beim 20. Akademiegespräch im Landtag drehte sich alles um das Thema USA. Genauer gesagt: um die transatlantischen Beziehungen. Denn diese sind in letzter Zeit zunehmend brüchig geworden, wie die jüngsten Irritationen zwischen Berlin und Washington zu beweisen scheinen. Oder doch nicht? Fest steht jedenfalls, dass die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges neu überdacht werden müssen.

Mit Jackson Janes, dem Direktor des American Institute for Contemporary German Studies an der John-Hopkins-Universität in Washington D. C., war ein profunder Kenner der Befindlichkeiten diesseits und jenseits des Atlantiks nach München gekommen. Dem Hausherrn, Landtagspräsidenten Johann Böhm, bereitete das Thema des Abends Kopfzerbrechen: statt über transatlantische *Brüche* (so der Titel der Veranstaltung) hätte er viel lieber etwas über die transatlantische *Brücke* gehört.

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter nutzte die Gelegenheit, auf den Ausgang der amerikanischen Zwischenwahlen vom Vortag einzugehen. Eine Gefahr oder gar Bedrohung angesichts einer republikanischen Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses vermochte Oberreuter nicht zu erkennen. Jeder, der sich informiere, wisse, dass die amerikanische Politik traditionell durch ein hohes Maß an Rationalität gekennzeichnet sei. Im aktuellen Streit stellte Oberreuter sich eindeutig an die Seite der Vereinigten Staaten von Amerika. Er erinnerte in diesem Zusammenhang besonders an die historischen Verdienste der USA. Diese hätten Europa nicht nur von der Geißel des Nationalsozialismus befreit, sondern auch die sicherheitspolitische Last des Kalten Krieges über Jahrzehnte praktisch alleine getragen sowie eine Stabilisierung der Situation seit 1989 herbeigeführt. Und Europa? Statt den Amerikanern bei jeder Gelegenheit ihren angeblichen Hang zum Unilateralismus vorzuhal-

ten, müssten wir Europäer uns schon einmal die Frage gefallen lassen, wo denn der von amerikanischer Seite oftmals eingeforderte europäische Beitrag zur Sicherheitspolitik eigentlich geblieben sei, meinte Oberreuter.



Jackson Janes: "Deutschland kann sich nicht heraushalten."

Foto: HB

Während Oberreuter auf der einen Seite also vor allzu großer Selbstgerechtigkeit warnte, sah Jackson Janes auf der anderen Seite doch auch keinen Anlass für übertriebene Resignation. Nein, die transatlantischen Beziehungen seien keineswegs so schlecht wie es derzeit den Anschein habe. Auf sie lasse sich vielmehr ein Satz des amerikanischen Schriftstellers Mark Twain anwenden, der einst über die Musik Richard Wagners geschrieben habe, sie sei „besser als es klingt“.

Nichtsdestotrotz: Das Verhältnis zwischen Berlin und Washington wird nach dem Ende des Kalten Krieges nie mehr so sein wie früher, war Janes überzeugt. Insofern markiere das Datum des 9. November 1989 auch den Beginn einer neuen Ära in den wechselseitigen Beziehungen. Seit damals sei jedenfalls vieles erreicht worden. Und das sei keineswegs eine Selbstverständlichkeit, wenn man bedenkt, dass der Fall der Berliner Mauer gerade einmal zwölf Jahre her sei. Heute sei Deutschland ein souveräner Staat, der sich auch an Militäreinsätzen im Ausland beteilige (was ein paar Jahre zuvor noch undenkbar gewesen wäre). Und allen Unkenrufen zum Trotz sei die deutsche Außenpolitik nach der Wiedervereinigung erstaunlich robust geblieben, lobte Janes.

Aber auch die USA fänden sich nach dem Ende des Kalten Krieges plötzlich in einer völlig neuen, geradezu paradoxen Situation wieder, gab Janes zu bedenken. Zwar seien sie in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht heute mächtiger denn je, um nicht zu sagen von konkurrenzloser Überlegenheit. Gleichzeitig seien die Vereinigten Staaten von Amerika aber auch so verwundbar wie nie zuvor in ihrer Geschichte. Man habe es mit einem neuen Typus von Feind zu tun, der sich als solcher nicht mehr offen zu erkennen gebe und dessen Bekämpfung eine geänderte sicherheitspolitische Strate-

„Das Verhältnis zwischen Berlin und Washington wird nach dem Ende des Kalten Krieges nie mehr so sein wie früher“

Jackson Janes

gie (weg von Eindämmung und Abschreckung hin zur Prävention) erfordere. Interessanterweise hätte diese Neuausrichtung der US-Außen- und

Sicherheitspolitik bereits vor dem 11. September eingesetzt (wie unter anderem die Forcierung des Raketenabwehrprogramms unter der Regierung Bush zeige) und gehe im Grundsatz bereits auf Überlegungen von US-Präsident Wilson zurück.

Autonomie bedeutet Verantwortung

Angesichts der neuen Gefahren sei die Suche nach einer neuen Weltordnung die wohl drängendste Aufgabe unserer Zeit, stellte Janes fest. Wie diese herzustellen sei, sei allerdings zwischen Europäern (die auf diplomatische Mittel setzten) und Amerikanern (die auch militärische Gewalt einzusetzen bereit seien) umstritten. Ungeachtet dessen müsse sich jedoch jeder Staat entsprechend seiner jeweiligen Verantwortung und seinen spezifischen Fähigkeiten dieser globalen Herausforderung stellen. Man könne sich nicht einfach heraushalten, sagte Janes an die Adresse Deutschlands gewandt. Die Haltung „ohne uns“ gehe auf Dauer nicht an und werde im Übrigen auch der gewachsenen Verantwortung Deutschlands nicht gerecht. Schließlich bedeute mehr Autonomie auch mehr Verantwortung.

Darüber sollte jedoch nicht vergessen werden, dass es noch eine ganze Reihe anderer ethnischer und ziviler Probleme gebe, die einer Lösung harrten (etwa die Frage, wie sich Umweltschutz mit wirtschaftlichem Wachstum in Einklang bringen lasse). Diese Probleme könnten die USA unmöglich im Alleingang bewältigen, sie bräuchten dazu vielmehr Unterstützung von außen. Dabei komme Deutschland zweifellos eine Schlüsselrolle zu, zumal Politik, Wirtschaft und Gesellschaft beider Länder inzwischen aufs Engste miteinander verflochten seien.

Unterm Strich seien die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA

also noch immer intakt, bilanzierte Janes. Der 11. September habe die beiden Staaten keineswegs auseinanderdividiert, sondern werde sie auf lange Sicht sogar näher zusammenbringen, weil er sie auf das gemeinsame Wertefundament verweise. Daran könnten letzten Endes auch die unterschiedlichen Positionen in der Irak-Frage nichts ändern.

Rahmenwerk. Das traditionelle Rahmenwerk der deutsch-amerikanischen Beziehungen könne in Zukunft so nicht weiter funktionieren, war Janes überzeugt. Man müsse nach neuen Wegen suchen. Als Gesprächsforen kämen zum Beispiel der IWF oder die Weltbank in Frage.

Und last but not least sei es unabdingbar, ein differenziertes Bild der jeweils



Zeichnung: Tomaschoff

Ende der Personalisierung

Um eine weitere Eskalierung der Auseinandersetzung zu vermeiden, schlug Janes insbesondere folgende Maßnahmen vor:

Erstens mahnte er zu mehr Sachlichkeit in der Auseinandersetzung. Man müsse endlich mit der unseligen Personalisierung der momentanen Spannungen aufhören. Die Debatte sei im Kern nicht persönlich motiviert und auch bei anderen politischen Amtsträgern vorstellbar. Genauso unsachlich sei es aber auch, jede Handlung der USA pauschal als Unilateralismus abzuqualifizieren.

Zweitens müsse man wieder zu einem echten Dialog zurückfinden. Und dazu brauche es vor allen Dingen ein neues

anderen Gesellschaft zu entwickeln. Das fange nicht zuletzt schon mit der Sprache an. So zum Beispiel habe das englische „war“ eine teilweise andere Bedeutung als das deutsche „Krieg“ und werde auch in nicht-militärischen Zusammenhängen verwendet (war against drugs usw.). Ähnliches gelte auch für die Bush-Rede, in der das Schlagwort von der „achsen of evil“ gefallen ist. Man müsse sich schon die Mühe machen, genau hinzuhören, wenn man den anderen wirklich verstehen wolle. Aber das sei bekanntlich auch außerhalb der Politik so. Ihm selbst sei es schließlich nicht anders ergangen, als er vor 26 Jahren in Simbach am Inn zum ersten Mal mit dem (nieder)bayerischen Dialekt konfrontiert worden war. ■

Heike Bartosch

Kriegserklärung an die Weltwirtschaft

Die Botschaft der Terroristen war eindeutig. Nicht von ungefähr wählten sie als Angriffsziel das World Trade Center in New York als Symbol des freien Welthandels und globalisierten Kapitalismus. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 waren eine Kriegserklärung an die Weltwirtschaft und ihre Führungsmacht USA. Aber während die Twin Towers innerhalb kurzer Zeit in sich zusammenbrachen, hat die Weltwirtschaft diesem Angriff bisher standgehalten.

Doch der internationale Terrorismus ist nicht ohne Folgen für die Weltwirtschaft geblieben. Die Anschläge vom 11. September 2001 haben die Wirtschaft allerdings in unterschiedlichem Ausmaß getroffen. Nach über einem Jahr war es möglich, eine erste Bestandsaufnahme der direkten Schäden vorzunehmen. Weitgehend im Dunkeln liegen dagegen noch die mittel- und langfristigen Auswirkungen des Terrorismus auf das globale Wirtschaftssystem. Das wurde bei einer Kooperationskonferenz mit der Evangelischen Akademie Tutzing zu den weltwirtschaftlichen Folgen des Terrorismus deutlich.

19 Milliarden Dollar Sachschäden

Kalt erwischt hat es zum Beispiel die Versicherungswirtschaft. Flugzeugabstürze mit Personenschäden sind für die Branche zwar eigentlich nichts Neues. Aber auf derart massive Schäden am Boden infolge eines Flugzeugabsturzes war sie nicht vorbereitet, wie Wilhelm Ruprecht vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft einräumte. Allein die versicherten Sachschäden beliefen sich auf 19 Milliarden US-Dollar. Damit stellten die Terroranschläge auf das WTC in New York und das Pentagon in Washington das zweitgrößte Schadensereignis in der jüngeren Geschichte der Versicherungswirtschaft dar,



Wilhelm Ruprecht nannte Rekordverluste der Versicherer

übertroffen nur von Hurrikan Andrew, der Anfang der 90er Jahre in den USA und auf den Bahamas versicherte Sachschäden in Höhe von über 20 Milliarden US-Dollar verursacht hatte. Der Gesamtschaden für die internationale Versicherungswirtschaft (Erst- und Rückversicherer) liege zwischen 32 und 56 Milliarden US-Dollar.

Rekordverlust bei Fluglinien

Arg gebeutelt wurde auch die schon vor dem 11. September 2001 in einem weltweiten Konzentrationsprozess befindliche Branche der Fluglinien. Markus Kopp von der Lufthansa berichtete, dass nach dem 11. September in seinem Unternehmen die Zahl der Fluggäste praktisch über Nacht um 20

Prozent eingebrochen sei. Des Weiteren habe die Lufthansa, wie alle anderen großen Fluggesellschaften, durch die vierjährige Sperrung des Luftraums empfindliche Einbußen erlitten. Nicht zuletzt seien auch erhöhte Sicherheitsaufwendungen notwendig geworden. 2001 sei für alle Fluglinien ein „annus horribilis“ gewesen.

Man habe einen Rekordverlust von 12 Milliarden US-Dollar hinnehmen müssen, der alle Gewinne, die nach dem 2. Weltkrieg in der Weltluftfahrt gemacht worden waren, mit einem Mal aufgezehrt habe.

Die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen des 11. September blieben jedoch nicht auf einzelne Branchen beschränkt. Es entstand darüber hinaus ein gesamtwirtschaftlicher Schaden in beträchtlicher Höhe, wie der Chefvolkswirt der DGZ-Deka Bank, Michael Hüther, sagte. Die aus der Zerstörung von Anlagen resultierenden Schäden lägen weit über den versicherten Schäden. Dazu käme noch ein nicht näher zu quantifizierender Produktionsausfall infolge der vorübergehenden Sperrung des nordamerikanischen



Michael Hüther: Die Weltwirtschaft hat die Anschläge besser überstanden als anfangs befürchtet

Fotos: Bartosch

Luftraums (mit all seinen negativen Konsequenzen für eine überwiegend „just in time“ produzierende Wirtschaft) und aufgrund des so genannten CNN-Effekts; die Menschen seien unter dem Eindruck der Ereignisse nicht an ihren Arbeitsplätzen erschienen und hätten ferngesehen statt zu arbeiten.

Nichtsdestotrotz habe die Weltwirtschaft die Anschläge besser überstanden als viele anfangs befürchtet hatten. Zwar seien die Aktienindizes zunächst massiv eingebrochen. Der Dow Jones habe aber bereits nach 40 Handelstagen wieder seinen Stand von vor dem 11. September erreicht. Ähnliches gelte auch für das Unternehmer- und Verbrauchertrauen, ergänzte Willi Leibfritz von der OECD in Paris. Die

ses sei zeitweilig auf denselben Tiefstwert abgerutscht, wie er seinerzeit beim Einmarsch des Irak nach Kuwait gemessen worden war, habe sich aber ebenso rasch wieder erholt.

Dabei sprachen eigentlich alle Anzeichen gegen eine rasche Erholung. Michael Hüther erinnerte daran, dass sich die Weltwirtschaft schon vor dem 11. September in einer überaus schwierigen Anpassungssituation befunden habe. Der exogene Schock (denn nichts anderes seien die Terroranschläge vom 11. September volkswirtschaftlich betrachtet) ereignete sich just zu einem Zeitpunkt, als die USA, Europa und Japan nach dem Zusammenbruch der Technologieblase und dem Aufkommen diverser Bilanzskandale bereits in eine rezessive Abwärtstendenz geraten waren.

Dass es nach dem 11. September dennoch nicht zu einer weltweiten Rezession gekommen sei, verdanken wir

Die auf den ersten Blick paradox anmutende Folge: Die Entwicklungs- und Schwellenländer haben in wirtschaftlicher Hinsicht unter den Terroranschlägen vom 11. September weit mehr zu leiden als das Anschlagsziel USA. Willi Leibfritz stellte fest, dass die ökonomischen Verluste lediglich in absoluten Zahlen in den USA am größten seien. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt gehörten eindeutig Entwicklungsländer zu den Hauptverlierern des 11. September, die vom Handel leben oder auf den Tourismus angewiesen sind. Damit hätten die Terroristen, ohne es zu ahnen, die Wirtschaft in den eigenen Herkunftslandern noch weiter ins Abseits katapultiert. Offen ist allerdings, wie sich die indirekten Folgen des Terrorismus mittel- und langfristig auf die Wirtschaft auswirken werden. Davon werden die westlichen Industriestaaten nicht minder betroffen sein als Entwicklungs- oder Schwellenländer.

bringe handfeste ökonomische Vorteile mit sich, weil auf zusätzliche Transaktionskosten verzichtet werden könne. Umgekehrt wirke sich ein Mangel an Vertrauen ökonomisch nachteilig aus. Zumindest für die Entwicklungsländer sei ein Zusammenhang zwischen fehlendem Vertrauen und wirtschaftlicher Unterentwicklung in vielen Fällen nachgewiesen.

Längere Wartezeiten an den Grenzen, schärfere Kontrollen von Personen und Waren, vermehrte Überwachung der Kommunikationssysteme - all dies wird die Transaktionskosten in die Höhe treiben, prognostizierte Tilman Brück vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Das DIW geht jedenfalls von einem starken Anstieg der temporären Transaktionskosten aus. Besonders betroffen seien Transport, Verkehr, Tourismus und Handel. In diesen Bereichen sei ein Anstieg der Kosten zwischen 1 und 3 Prozent zu erwarten, der sich voraussichtlich auch in höheren Preisen für die Verbraucher niederschlagen werde.



Die Experten äußerten große Skepsis gegenüber einem Irak-Krieg: Thorsten Höche, Nikolaus Piper, Tilman Brück und Willi Leibfritz (v.l.)

nach übereinstimmender Ansicht von Hüther und Leibfritz in erster Linie der Geldpolitik der amerikanischen Notenbank unter ihrem Vorsitzenden Alan Greenspan. Dieser habe nämlich das einzig Richtige getan und nach dem 11. September sofort die Zinsen gesenkt. Parallel dazu habe die amerikanische Regierung ein Milliardenprogramm aufgelegt und insbesondere der amerikanischen Luftfahrt mit hohen Subventionen unter die Arme gegriffen.

Stimulierend auf die amerikanische Wirtschaft hätten ferner die in Aussicht gestellten Sicherheitsaufwendungen sowie die deutliche Erhöhung des Verteidigungsetats gewirkt.

Sicherheit und Vertrauen

Fest steht, dass Terrorismus auf lange Sicht Sicherheit und Vertrauen unterminiert. Es sei zwar nicht gerade so, dass Sicherheit zwangsläufig Vertrauen nach sich ziehe, schränkte Joachim Ahrens von der Universität Göttingen ein. Aber: „Sicherheit schafft Vertrauen und Vertrauen schafft Sicherheit.“

Dort, wo Sicherheit herrsche, falle es eben leichter zu vertrauen. Und wer vertraue, könne wiederum auf unnötige Sicherheitsvorkehrungen verzichten. Mit anderen Worten: Vertrauen



Joachim Ahrens: „Sicherheit schafft Vertrauen und Vertrauen schafft Sicherheit.“

Dass diese Entwicklung den Fortgang der Globalisierung ernsthaft gefährden könne, hielt Michael Hüther jedoch für eher unwahrscheinlich. Der Terrorismus könne den gegenwärtigen Strukturwandel hin zu einer globalen Weltwirtschaft zwar bremsen bzw. behindern, aber letzten Endes nicht gänzlich aufhalten. Denkbar sei allenfalls eine verstärkte Hinwendung zu regionalen

Wirtschaftsräumen. Eine solche Regionalisierung, wenn sie denn eintrate, ginge allerdings unweigerlich mit einem Verlust von Effizienzgewinnen einher und sei daher weltwirtschaftlich nicht wünschenswert.

Höhere Defizite

Weitere Wirkungen sah Hüther im Bereich der staatlichen Wirtschaftspolitik. Fast alle Staaten seien nach dem 11. September zu einer Erhöhung ihrer Sicherheitsausgaben übergegangen und nähmen dafür sogar eine Ausweitung ihres Haushaltsdefizits in Kauf. Dies sorge auf der einen Seite zwar für konjunkturelle Impulse, bedeute auf der anderen Seite aber auch eine Abkehr von der strikten Haushalts- und Ausgabendisziplin der 90er Jahre.

Fazit: Auch wenn sich die ökonomischen Folgen von „Nine-Eleven“ noch nicht überblicken lassen, ist die wirtschaftliche Lage derzeit noch verhältnismäßig stabil. Doch diese Einschätzung stehe unter einem gewissen Vorbehalt, gab Willi Leibfritz zu bedenken. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wissen wir noch nicht, ob wir uns nicht in einer Art „Zwischenphase“ befinden. Was ist, wenn sich ein ähnlich großer Terroranschlag wie der vom 11. September wiederholt? Das Blatt könnte sich jederzeit wieder wenden.

Um dies zu verhindern, wurden nach dem 11. September 2001 eine Vielzahl von rechtlichen Neuregelungen auf nationaler und internationaler Ebene erlassen, die u.a. das Ziel haben, die Terroristen von ihrem finanziellen Nachschub abzuschneiden. Doch bei der praktischen Durchführung ergeben sich zahllose Ungereimtheiten, wie Thorsten Höche, Direktor des Bundesverbands Deutscher Banken, berichtete. Zwar seien die Geldinstitute mittlerweile dazu verpflichtet, den Ermittlungsbehörden unaufgefordert verdächtige Kontenbewegungen zu melden. Allerdings würden sie danach im Unklaren darüber gelassen, ob eine

derartige Verdachtsanzeige tatsächlich zum Erfolg geführt habe. Sie könnten folglich ihr Anzeigeverhalten auch nicht schärfen. Eine andere Frage sei, inwieweit die beschlossenen oder zu beschließenden Regelungen überhaupt mit den Grundrechten vereinbar seien. Teilweise könne man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Gelegenheit dazu genutzt wurde, die eine oder andere politisch umstrittene Maßnahme unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung doch noch zu realisieren.



Michael Hildebrandt berichtete von ersten Erfolgen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, konnte aber keine Entwarnung geben

Auch der Referatsleiter Terrorismus beim Bundesnachrichtendienst in Pullach, Michael Hildebrandt, konnte sich nicht vorstellen, dass man dem Problem Terrorismus allein auf finanziellem Wege wird beikommen können. Sein Argument: Terroranschläge sind trotz der verheerenden Schäden, die sie anrichten können, in der Ausführung vergleichsweise billig. So habe der Anschlag auf das WTC maximal eine Million US-Dollar gekostet. Außerdem verfügten die Terroristen über eine Vielzahl unterschiedlichster legaler sowie illegaler Finanzierungsquellen, auf die sie im Notfall ausweichen könnten.

Die Beiträge von Michael Hüther, Joachim Ahrens, Wilhelm Ruprecht, Michael Wolgast und Willi Leibfritz („Wirtschaftliche Folgen des Terrorismus – mittelfristige Perspektiven“) sind im „Schnelldienst“ (Nr. 1/2003) des Münchener ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung abgedruckt worden und können dort über Frau Jennewein (089-92241333) zum Preis von 10,— Euro bezogen werden.

Hildebrandt konnte denn auch keine Entwarnung geben. Die Geheimdienste arbeiteten in jüngster Zeit zwar verstärkt zusammen, hätten auch einige spektakuläre Erfolge im Kampf gegen den Terrorismus zu verzeichnen, wie z. B. die Zerschlagung der Terrorzelle al-Tawhid im April 2002 zeige. Doch das Netzwerk al-Qaida habe auf Djerba und Bali bewiesen, dass es nach wie vor in der Lage sei, zuzuschlagen. Als besonders alarmierend bewertete Hildebrandt auch die Fernsehbilder, die nach dem 11. September aus dem Nahen und Mittleren Osten verbreitet wurden. Der Islamismus als politische Erneuerungsbewegung habe zwar eine lange und mitunter blutige Tradition. Neu sei dieses Mal aber, dass auch Menschen, die offenkundig selbst niemals zur Gewalt greifen würden, direkt oder indirekt ihre Sympathie mit den Terroristen bekundet hätten.

In der abschließenden Podiums- und Plenardiskussion unter Leitung von Nikolaus Piper (Süddeutsche Zeitung) kam man denn auch sehr bald auf die möglichen politischen Ursachen des Terrorismus zu sprechen. Die Diskussionsteilnehmer waren sich weitgehend einig, dass man Terrorismus mit all seinen negativen Auswirkungen für die Weltwirtschaft nur unter Einbeziehung der politischen Ursachen effektiv bekämpfen könne. So mahnte Tilman Brück mehr Neutralität und Konsistenz in der Nahost-Politik an. In dieser Region habe man mit Blick auf das Öl in der Vergangenheit wohl viel zu oft beide Augen zugeschlagen. Was einen möglichen Krieg gegen den Irak anging, herrschte unter den anwesenden Referenten allgemein Skepsis vor. Michael Hildebrandt zufolge gibt es keine Anzeichen dafür, dass Saddam Hussein in die terroristischen Machenschaften eines bin Laden verwickelt sei. Ein Angriff auf den Irak würde den Terroristen daher vermutlich nur neuen Zulauf verschaffen. Unter ökonomischen Gesichtspunkten sei ein Krieg in der gegenwärtigen Situation ohnehin völlig widersinnig, konstatierte Tilman Brück. Krieg dürfe es in dieser hochsensiblen Region mit all ihren politischen und wirtschaftlichen Unwägbarkeiten nicht geben. ■

Heike Bartosch

(siehe auch Pressestimmen S. 41-42)

Der Kampf gegen Krieg und Terror

Die Suche nach weltpolitischer Ordnung

Eine große Bandbreite (politik-)wissenschaftlicher Sichtweisen und Analysen zum Thema „Gewalt und die Suche nach weltpolitischer Ordnung“ wurde deutlich bei der gleichnamigen Tagung. Ferner zeigte sich, wie weit die zu ziehenden Schlussfolgerungen seitens der praktischen Politik auseinander klaffen. Das Programm wurde in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft unter Vorsitz von Prof. Hans Vorländer (Dresden) veranstaltet.

Als eine „elementare Kraft sozialen Lebens“ stellte der Frankfurter Soziologe Karl Otto Hordrich „Gewalt“ vor. Diese tritt in den Formen „individuelle Gewalt“, „kollektiv gebundene Gewalt“ und als „Gewalt zwischen Kollektiven“ auf. Gewalt ist per se keine Eigenschaft des Menschen, sondern wird gebildet im Verhältnis des Menschen zur Natur bzw. im Verhältnis untereinander. Sie wirkt nicht nur destruktiv, sondern kann auch konstruktiv für die Bildung von sozialen Gruppen sein. Hordrich vertrat in diesem Zusammenhang die These, dass zwischen den demokratischen Staaten so lange friedlicher Umgang herrsche, solange sie gegenüber den „Habenichtsen und Emporkömmlingen“ eine nach außen abgeschlossene Gruppe („ingroup“) bilden, die ihre Identität u.a. durch die Abgrenzung gegenüber den „out-groups“ gewinne.

„Modelle weltpolitischer Ordnung“ behandelte der Friedens- und Konfliktforscher Ernst-Otto Czempiel. Czempiel geht von zwei sich gegenüber stehenden Modellen aus: dem hierarchisch organisierten „Hegemonie-Modell“ einerseits und dem egal organisierten „Internationale Organisationen-Modell“ andererseits. Seit 1945, so Czempiels These, könne man von einer neuen Weltordnung sprechen, da die Vereinten Nationen nicht mehr nur regulierend, sondern auch disziplinierend eingreifen. Damit sei die Unbeschränktheit der Souveränität der Staaten aufgehoben. Dabei sei aber immer zu bedenken, dass die neue Weltordnung nicht zwangsläufig eine Rechtsordnung sein müsse, sondern auch eine politische Ordnung sein könne.

Ungerechte Weltordnung

Doch viele Muslime empfinden die bestehende Weltordnung, sei sie nun die alte oder eine neue, als höchst ungerecht, wie Udo Steinbach vom Hamburger Orient-Institut deutlich machte. So soll z.B. der mutmaßliche Bali-Attentäter seine Tat damit begründet haben, er habe „Rache für die ganze Ungerechtigkeit“ üben wollen. Und an dieser Wahrnehmung sei der Islam nicht ganz unschuldig, betonte Steinbach. Er begründe nämlich einen Führungsanspruch der islamischen Welt. „Ihr seid die beste Gemeinde“, heißt



Ernst-Otto Czempiel: „Die unbeschränkte Souveränität der Staaten ist aufgehoben.“

es beispielsweise in Sure 3, Vers 110 des Koran. Diese Selbsteinschätzung stehe jedoch im Widerspruch zu den objektiven Verhältnissen. Die islamischen Länder fühlten sich von der Globalisierung mehr und mehr an den Rand gedrängt. Von dort bis zur An-

wendung von Gewalt sei es oft nur ein kleiner Schritt, insofern trage der Islam durchaus zur Legitimierung von Gewalt in der Auseinandersetzung bei. Schuld an der derzeitigen Entwicklung ist nach Steinbachs Ansicht aber auch die relative Erfolglosigkeit von Säkularisierungsstrategien zur Lösung von Entwicklungsproblemen. Erst diese habe die in den 70er Jahren unter Ajatollah Khomeini einsetzende Rückbesinnung auf den Islam ermöglicht, der nach dem Ende des Kommunismus die einzige ideologische Kraft weltweit sei.



Udo Steinbach: „Die islamischen Länder fühlen sich von der Globalisierung mehr und mehr an den Rand gedrängt.“

Dass sich das Problem Terrorismus einfach durch ein Mehr an Entwicklungshilfe werde lösen lassen, bezweifelte Jürgen H. Wolff allerdings. Die Gleichung „Armut = Gewalt“ gehe nicht auf. Zum einen sei Wohlstand kein Garant dafür, dass es keine Gewalt mehr gebe. Solange der Mensch keine reine Marionette der Gesellschaft sei, seien Konflikte selbst in einer „idealen Gesellschaft“ nicht gänzlich auszuschließen. Im Gegenteil: „Der Traum der Vernunft gebiert Ungeheuer“, habe schon der spanische Maler Goya erkannt. Zum anderen habe Armut nicht notwendigerweise Gewalt zur Folge. Der beste Beweis dafür seien die Attentäter selbst.

Diese gehörten in ihren Heimatländern nämlich gerade nicht zu den sozial Benachteiligten, sondern stammten vielfach aus der Mittelschicht, besäßen häufig eine höhere Schulbildung. Wer glaube, der Schlüssel zur Bekämpfung des Terrorismus liege in der Beseitigung von Armut und Ungleichheit, verkenne außerdem, dass die islamischen Länder überhaupt keine Entwicklung nach westlichem Muster anstreben. Sie wollten keine offene, sondern eine geschlossene Gesellschaft. Nicht zuletzt aus diesem Grund sei die westliche Präsenz, insbesondere die Stationierung von US-Soldaten auf „heiligem, saudi-arabischem Boden“, islamischen Fundamentalisten ein Dorn im Auge.

Hoher Stellenwert der Gewaltprävention

Ist eine weitere Eskalation der Gewalt also unausweichlich? Nicht unbedingt, meinte General a.D. Manfred Eisele. Schließlich gebe es da ja noch die Vereinten Nationen. Und diese, selbst das Ergebnis eines Krieges, räumten der Gewaltprävention einen hohen Stellen-

wert ein, wie schon ein Blick auf Artikel 1 der UN-Charta zeige. In der Vergangenheit sei es den Vereinten Nationen wiederholt gelungen, Gewalt schon im Vorfeld zu unterbinden, man denke nur an die UN-Missionen auf Zypern oder in Mazedonien. Große Bedeutung komme darüber hinaus den jeweiligen UN-Generalsekretären zu. Unvergessen zum Beispiel die „preventive diplomacy“ eines Dag Hammarskjöld oder die Geheimdiplomatie eines Kofi Annan. De facto stehe dem Erfolg solcher friedensstiftender Maßnahmen allerdings das Prinzip der territorialen Integrität entgegen, das in Artikel 2 der UN-Charta niedergelegt ist (und auf das sich im übrigen Milosevic vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag berufe). Daher sei es auch schwer zu sagen, wie sich der UN-Sicherheitsrat in Sachen eines möglichen Präventivschlages gegen den Irak entscheiden werde, sagte Eisele. In der Geschichte der UN habe es erst zwei vergleichbare Fälle gegeben. Im Sechs-Tage-Krieg 1967 sei Israel unter Berufung auf Artikel 51 der UN-Charta einem drohenden Angriff der arabischen Staaten zuvorge-

kommen. Die präventive Zerstörung eines Nuklearreaktors bei Bagdad durch Israel im Jahr 1981 dagegen sei vom UN-Sicherheitsrat einstimmig verurteilt worden. Alles in allem dürfe man von den Vereinten Nationen nicht zuviel erwarten, warnte Eisele. Denn diese seien letzten Endes nichts anderes als eine „Zweckorganisation von derzeit 191 Staaten“.

Privatisierung des Krieges

Kommt es aller präventiven Maßnahmen zum Trotz dennoch zum Ausbruch von Gewalt, so manifestiert sich diese heute allerdings anders als in der Vergangenheit. Früher waren Kriege meist bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen zwei oder mehreren Staaten, stellte Herfried Münkler fest. Das Verhältnis der Kriegsgegner war durch Symmetrie gekennzeichnet, d.h. es bestand die Möglichkeit „zu töten und getötet zu werden“. Doch diese Art von Krieg gehöre seit längerem der Vergangenheit an, da er zu teuer und zu riskant sei. Der Staat habe sein Monopol der Kriegsführung wieder an private Akteure abgeben müssen,

seien es nun war-lords oder Terror-Organisationen wie al-Qaida. Und diese kämen meist ohne militärisches Großgerät aus. Im Grunde genügten ein paar alte Kalaschnikows aus der Zeit des Kalten Krieges, um etwa ein Gewaltregime gegen die Zivilbevölkerung zu errichten, die das eigentliche Opfer dieser „neuen Kriege“ sei. Diesen Typus des neuen Krieges erleben wir Münkler zufolge vorzugsweise in Afrika, wo es trotz einer Reduzierung der Rüstungsausgaben zu keinem Abflauen der Kriegsaktivitäten gekommen sei. Und ein solcher Rückgang sei auch nicht in Sicht, bestritten doch nicht wenige der selbst ernannten Kriegsherren ihren Lebensunterhalt vom Krieg, agierten gewissermaßen nach dem Motto „Der Krieg muss den Krieg ernähren“.



Zeichnung: Mester

Die Merkmale des neuen Krieges (Asymmetrie des Kriegsgeschehens, Entstaatlichung der Akteure) trafen jedoch auch auf den islamisch geprägten Terrorismus zu. Den Terroristen sei es gelungen, die faktische Überlegenheit des Gegners offensiv zu wenden, indem sie sich dessen Infrastruktur für ihre eigenen zerstörerischen Zwecke zunutze machen. So habe im Fall des Anschlags auf das World Trade Center ein Hochhaus als Schlachtfeld, ein Flugzeug als Waffe und Benzin als Sprengstoff gedient. Natürlich wüssten die Terroristen genau, dass sie den Gegner mit militärischen Mitteln nicht schlagen könnten. Es gehe ihnen vielmehr darum, die Bevölkerung in den betroffenen Ländern in einen Zustand permanenter Aufgeregtheit zu versetzen, Verhaltensveränderungen zu induzieren sowie den Feind nach Art der Partisanenkriege (und nicht zuletzt mit Hilfe der hohen Mediendichte in den angegriffenen Ländern) von innen heraus zu schwächen.

Ablehnung des „Otto-Katalogs“

In der Tat war die Verunsicherung insbesondere nach den Anschlägen vom 11. September hierzulande groß. Bekanntlich wurden in zahlreichen westlichen Industriestaaten in aller Eile verstärkte Sicherheitsmaßnahmen in Kraft gesetzt. Doch können diese die Bevölkerung tatsächlich vor neuen Terroranschlägen schützen? Ist die Aufgabe von Errungenschaften unseres demokratischen Rechtsstaats nicht ein zu hoher Preis für die innere Sicherheit? Laufen wir nicht gerade so hinein in „die Falle des bin Laden“ (Udo Steinbach)?

Ein von Irene Gerlach moderiertes Streitgespräch zwischen Bundestagsvizepräsident a.D. Burkhard Hirsch und dem CSU-Bundestagsabgeordneten Hans Peter Uhl sollte zum Abschluss der Veranstaltung die unterschiedlichen Positionen noch einmal verdeutlichen.

Burkhard Hirsch jedenfalls machte aus seiner Ablehnung der neuen Sicherheitsbestimmungen („Otto-Katalog“) keinen Hehl. Er erinnerte daran, dass das Recht auf Sicherheit ursprünglich

Sicherheit vor staatlichen Übergriffen gemeint habe. Die neuen Sicherheitsbestimmungen dagegen öffneten staatlicher Willkür Tür und Tor. Erst kürzlich habe er im Englischen Garten zufällig beobachtet, wie ein Schwarzer aus keinem anderen Grund als seiner anderen Hautfarbe wegen von Polizeibeamten kontrolliert worden sei. Ausländische Studenten stünden plötzlich wieder unter Generalverdacht, monierte Hirsch. Darüber hinaus werde die Bewegungsfreiheit in unzulässiger Weise eingeschränkt. Beispielsweise sei mehreren Personen während des Weltwirtschaftsgipfels in Genua die Ausreise aus Deutschland verweigert worden, weil sie an einer Gegendemonstration gegen Rechts teilgenommen und in der so genannten LIMO-Datei gespeichert waren.



Hans Peter Uhl: Nicht warten, bis potenzielle Attentäter erneut zuschlagen. Foto: Bundestag

Hans Peter Uhl wies diese Darstellung als völlig überzogen zurück. Hirsch habe das Bild eines totalen Polizei- und Überwachungsstaates gezeichnet. Wenn dem tatsächlich so wäre, fragte Uhl, wie hätte Deutschland dann „Ruherraum“ für Terroristen bzw. Schläfer sein können? Außerdem habe Hirsch lediglich kritisiert und verurteilt, ohne zu sagen, welche Maßnahmen er selbst ergreifen würde, um die Terroristen zu stoppen. Man könne die Hände doch nicht einfach in den Schoß legen und warten, bis potenzielle Attentäter erneut zuschlagen.

Einverständnis mit Bedingungen

Burkhard Hirsch zeigte sich von diesen Einwänden relativ unbeeindruckt. Erstens sei es nicht erwiesen, dass Deutschland als Ruherraum für terroristische Aktivitäten gedient habe. So viel er wisse, seien die Vorbereitun-



Burkhard Hirsch: „Die neuen Sicherheitsbestimmungen öffnen staatlicher Willkür Tür und Tor“.

gen für den 11. September größtenteils in Florida gelaufen. Und zweitens glaube er nicht daran, dass sich das Problem mit polizeilichen Mitteln werde lösen lassen. Nichtsdestotrotz zeichnete sich eine leichte Annäherung der beiden unterschiedlichen Standpunkte ab. So signalisierte Hirsch sein Einverständnis für einige polizeiliche oder strafprozessuale Maßnahmen unter der Bedingung, dass diese an konkrete Fälle gebunden werden und eine Benachrichtigung der Betroffenen erfolge, damit diese zumindest Rechtsmittel einlegen könnten. Uhl seinerseits gestand zu, dass die Sicherheitsgesetze ihres experimentellen Charakters wegen generell zeitlich befristet und vor Ablauf der Frist einer Erfolgskontrolle unterzogen werden sollten.

In einem Punkt ließ Burkhard Hirsch allerdings nicht mit sich verhandeln. Im engsten privaten Bereich des Bürgers habe der Staat nichts zu suchen, war er überzeugt. Wo käme man hin, wenn man nicht einmal mehr im heimischen Wohnzimmer vor dem Zugriff des Staates sicher sein könnte. ■

Heike Bartosch
Manfred Schwarzmeier

„Kleine“ Kriege erschüttern die globale Sicherheit

Aktuelle Herausforderungen für die internationale Politik

Von Dr. Günther Schmid

War der 11. September 2001 ein Epochenbruch, eine „Verschiebung tektonischer Platten“, wie oft behauptet, oder „lediglich“ eine neue sicherheitspolitische Schlüsselerfahrung? Wie hat dieser Tag unsere Vorstellungswelt verändert, was hat sich in den Strukturen der internationalen Politik seitdem verändert, was ist geblieben?

Sechs wichtige Veränderungen

1. Die für das Ziel der Massenvernichtung gewählten Mittel

Der „Probelauf“ für den 11.9. liegt einige Jahre zurück: der erste Anschlag auf das World Trade Center im Februar 1993. Eine 500-Kilo-Autobombe wurde in die Tiefgarage gebracht, nur durch einen Zufall ist größerer Schaden verhindert worden. Die Attentäter haben bei ihren Vernehmungen ausgesagt, dass sie bei einem geglückten Anschlag auf „250 000 Tote“ gehofft hätten. Der Nordturm sollte auf den Südturm fallen, benachbarte Wolkenkratzer in diesem Teil Manhattans sollten in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Planbarkeit solcher Anschläge rückte damit in den Bereich des Vorstellbaren.

2. Die Zahl der Opfer

Über 3000 Tote, das sind dreimal so viele Opfer wie bei allen Terroranschlägen der letzten 30 Jahre zu Tode gekommen sind. Es starben Menschen aus 78 Ländern, darunter viele aus islamischen Staaten.

3. Das Ausmaß des Schadens

Amerikanische Versicherungsunternehmen schätzen den Schaden auf etwa 80-100 Mrd Dollar. All das mit einem minimalen Aufwand von ca. 500 000 bis 800 000 Dollar (Flugzeugausbildung für 19 Terroristen, Aufenthaltskosten, Teppichmesser, Flugbillets).

4. Das Ende des Mythos der Unverwundbarkeit der letzten Supermacht USA

Wer amerikanische Bekannte hat oder mit Amerikanern spricht, der bemerkt, dass sich die amerikanische Gesell-

schaft seit „Nine-Eleven“ in der Tat psychologisch fundamental verändert hat. Geografische Lage und militärische Stärke können die Sicherheit der USA nicht mehr gewährleisten, die man gewöhnt war. Die amerikanische Regierung ist nicht mehr in der Lage, ihre Bürger im Kernland der USA vor solchen Anschlägen wirkungsvoll zu schützen. Das hat in der amerikanischen Mentalität Spuren hinterlassen. Der historische Optimismus hat einen empfindlichen Dämpfer bekommen. Die Analogie zu Pearl Harbor 1941 geht fehl, weil der japanische Angriff weit entfernt vom amerikanischen Kernland geschah.

5. Die „Privatisierung“ des Krieges und die traumatische Erfahrung einer Welt praktisch unbegrenzter Verwundbarkeit

Die Folgeanschläge auf den französischen Frachter Limburg, auf Djerba und auf Bali führen uns eine Welt fast unbegrenzter Verwundbarkeit vor. Wenn eine private terroristische Organisation wie „al-Qaida“ der Weltmacht USA und der gesamten westlichen Zivilisation, die als „absoluter Feind“, als „Satan“ schlechthin mit allen Mitteln bekämpft werden müsse, den Krieg erklärt, dann hat dies faktisch eine globale Dimension. Militärische Gewalt wird immer häufiger von privater Hand ausgeübt. „Entstaatlichung“ oder „Privatisierung“ des Krieges ist ein zentraler neuer Trend in der internationalen Politik.

6. Die deutliche Dominanz eines religiös motivierten Terrorismus

Das US-Außenministerium gibt jedes Frühjahr eine sorgfältig erarbeitete Liste (auch im Internet veröffentlicht) über internationale Terrororganisationen heraus. Sie enthält die regional und weltweit operierenden Terrorgruppen, die von besonderer Gefährlichkeit sind. Die letzte Liste vom Mai 2002 umfasst 33 Organisationen. Davon werden 16 als religiös motiviert eingestuft, so viele wie nie zuvor. Von diesen 16 sind die meisten islamistisch orientiert.

Diese sechs Punkte beschreiben die neue Qualität der Ereignisse des 11. September 2001. Was aber hat sich nicht verändert?

1. Keine völlige Umkrepelung bestehender Bündnissysteme

Die NATO existiert weiter, alle anderen regionalen Bündnissysteme auf dieser Welt ebenso.

2. Keine Etablierung neuer, langfristig relevanter Partnerschaften

Die strategischen Beziehungen zwischen Washington und Moskau einerseits und Washington und Peking andererseits haben sich substantiell nicht verändert. Russland und China sind rasch auf den amerikanischen Antiterror-Zug aufgesprungen, dies aber aus nationalen Interessen: Putin versprach sich von seinem schnellen Einschwenken, dass man in Tschetschenien nicht mehr so genau hinschaut und die Wirtschaftshilfe aus den Vereinigten Staaten weiter fließt, die Russland so dringend braucht. Die Chinesen sind auch schnell aufgesprungen, haben sich aber eher durch immaterielle Leistungen ausgezeichnet, in der Hoffnung, dass in Tibet und in Sinkiang – wo der „hauseigene Terrorismus“ bekämpft wird – nicht mehr so intensiv nach Menschenrechtsverletzungen Ausschau gehalten wird. Beide Länder erhoffen sich amerikanische Rückendeckung bei der Bekämpfung des „Terro-

rismus“ im eigenen Land, wie sie das nennen. Bisher waren beide relativ erfolgreich, weil die USA sich ihre Partner bei der Bekämpfung des globalen Terrorismus nicht beliebig aussuchen können.

3. Keine grundsätzliche Neuorientierung der außenpolitischen Prioritäten der USA

Die These, dass sich die Amerikaner völlig vom Multilateralismus verabschiedet hätten, ist nicht richtig. Nach dem 11.9. haben die Amerikaner nicht sofort gegen das Taliban-Regime militärisch Front gemacht, sondern sie haben in einer vierwöchigen Operation weltweit eine Antiterror-Koalition mit diplomatischen Mitteln aufgebaut. Erst dann wurde das Taliban-Regime mit militärischen Mitteln als „Gastgeber“ des „al-Qaida“-Netzwerks bekämpft. Auch jetzt haben die Amerikaner mit multilateraler Diplomatie über viele Wochen im Sicherheitsrat der UN eine „Anti-Saddam“-Resolution (Nr. 1441) erreicht, die sogar einstimmig beschlossen wurde. Es gibt also weiterhin ein Nebeneinander von Multilateralismus und Unilateralismus in der amerikanischen Außenpolitik. Sie ist immer dann unilateral, wenn vitale Interessen der Vereinigten Staaten auf dem Spiele stehen. Der 11.9. hat Amerika also nicht aus dem politischen und psychologischen Gleichgewicht gebracht.

4. Der 11. September hat andere Konflikte und Krisenherde nicht marginalisiert

Kurze Zeit nach dem 11.9. hatten wir den Beginn einer neuen „Intifada“, die bisher größte Eskalation des Nahost-Konflikts in der letzten Zeit überhaupt. Fast die gesamte multilaterale internationale Diplomatie hat sich in diesen Konflikt eingeschaltet. Wenige Wochen später hatten wir eine rasche Zunahme der Spannungen zwischen Indien und Pakistan im Kaschmir-Konflikt. Zahlreiche multilaterale diplomatische Instanzen waren auch hier in die Deeskalationsbemühungen eingeschaltet.

Diese Gegenüberstellung liefert den Befund, dass der 11. September 2001 wohl kein „Epochenbruch“ war, aber sicherlich eine Zäsur. Daraus ergeben sich drei Fragestellungen:

1. Trifft die These zu, dass der 11.9. eine Art symbolischer Höhepunkt eines unübersehbar gewordenen neuen Konflikttypus in der internationalen Politik war, des sogenannten „kleinen Krieges“? Was sind die Merkmale dieser neuen Konfliktformation?

2. Wenn ja, welche Folgerungen und Therapien muss die internationale Staatenwelt daraus ableiten? Wie soll sie sich auf den „kleinen Krieg“ vorbereiten?

3. Wird dieser kleine Krieg angefacht einerseits durch die Zunahme religiös motivierter Gewaltanwendung und andererseits durch die Zunahme demografisch bedingter Probleme („Jugendüberschuss“) in der arabisch-islamischen Staatenwelt?

zwischen Staaten. Der „kleine Krieg“ ist der Krieg zwischen regulärer und nichtregulärer Armee oder zwischen nichtregulären Armeen. Die Spanier definieren den kleinen Krieg als „guerilla“, die Amerikaner sprechen von „low intensity conflict“. „Grauer Krieg“ wäre eine bessere Bezeichnung: Ein Krieg ohne Fronten, ohne Armeen, ohne Regeln.

Clausewitz hat mit seherischer Fähigkeit vorhergesagt, was wir heute diagnostizieren. Die größte Zahl der Konflikte in den letzten 40 bis 50 Jahren sind Kriege zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren gewesen. Nur 15 bis 20 Prozent der etwa 200 Konflikte auf hoher Gewaltschwelle, die wir seit 1945 hatten, stuft die



Der Angriff auf das World Trade Center war das Ende vom Mythos der unverwundbaren Supermacht USA.

Der „kleine Krieg“ und seine Merkmale

a) Entstaatlichung/Privatisierung von Gewalt, Ökonomisierung des Krieges, Krieg als Mittel zum Zugang zu Ressourcen, Krieg als Einnahmebasis.

Der preußische Kriegstheoretiker und General Carl von Clausewitz hat 1810/11 in einer Vorlesung mit dem Titel „Vom kleinen Krieg“ diesen „terminus technicus“ in den deutschen Sprachgebrauch eingeführt.

Der große Krieg ist für Clausewitz der Kampf regulärer Armeen, der Krieg

Kriegsursachenforschung als zwischenstaatliche Konflikte ein. Wir beobachten eine rapide Zunahme nichtstaatlicher Akteure in der internationalen Politik, z.B. Befreiungs- und Guerillaorganisationen, Privatmilizen, Söldner usw.

Gewaltmonopol erodiert

Warum nahm die Zahl solcher Akteure in den letzten zwei Jahrzehnten so stark zu? Dahinter steckt offenbar das Unvermögen der Staaten, mit aktuellen Stabilitäts- und Sicherheitsproblemen fertig zu werden. Das Gewaltmo-

nopol des Staates erodiert. Libanon und Afghanistan sind Beispiele für die Fragmentierung von Staaten, die durch regionale Warlord-Regimes abgelöst werden. Wir bewegen uns auf einen globalen Gewaltmarkt zu. Auch Terrorgruppen sind dort am stärksten, wo ein Staat zerfällt oder nicht mehr existiert. In diesem Machtvakuum können sie dann ihre eigenen Ordnungsvorstellungen durchsetzen. Diese „Privatisierung“ von Sicherheit bereitet der Politik heute enormes Kopfzerbrechen.

b) Die mehr oder weniger vollständige Abwesenheit aller verbindlichen Regeln für die Kriegsführung, keine Unterscheidung zwischen Kombattant und Nichtkombattant, zwischen zivilen und militärischen Zielen.

Diese Unterscheidung bildet aber den Kern des humanitären Völkerrechts, das nur in Erwartung der Reziprozität funktionieren kann. Kann man mit einem Gegner eine humanitäre Völkerrechtsbeziehung eingehen, der sich ausdrücklich nicht an den Grundsatz der Gegenseitigkeit gebunden fühlt? Muss sich z.B. Israel auch dann an die Genfer Konvention von 1949 halten, wenn sich die HAMAS auf „weiche Ziele“ auf israelischem Territorium konzentriert?

c) Wenn Gewalt immer mehr privatisiert, kommerzialisiert und kriminalisiert wird, steht natürlich auch das Selbstverteidigungsrecht von Nationen zur Diskussion.

Waren die USA am 11.9. Opfer eines „bewaffneten Angriffs“? Artikel 51 der UNO-Charta sagt, nur wenn ein Staat Opfer eines „armed attack“ geworden ist, ist er individuell oder kollektiv zur Selbstverteidigung legitimiert. Das ist der berühmte Notwehrparagraph der UNO-Charta, der aber 1945 formuliert wurde, zu einer Zeit, als nichtstaatliche Akteure noch keine Rolle spielten. Ist mit dem „bewaffneten Angriff“ immer der Angriff eines Staates gemeint? Amerika wurde am 11.9. Opfer einer nichtstaatlichen Aggression. Durfte es sich überhaupt wehren? Befindet sich Amerika seit dem 11.9. „im Krieg“? Wer ist nach völkerrechtlichen Kriterien der Gegner? Dürfen Staaten gegen Privatleute Kriege führen?

Der UNO-Sicherheitsrat hat in zwei bahnbrechenden Resolutionen noch im

September 2001 eine Weiterentwicklung des Artikel 51 durchgesetzt. Nach dieser erweiterten Interpretation sind jetzt auch Maßnahmen gegen Terrorangriffe nichtstaatlicher Akteure erlaubt. Dies ist ein Riesenschritt im Völkerrecht. Die NATO hat den Bündnisfall ausgerufen und auch Angriffe nichtstaatlicher Akteure eingeschlossen. Auch dies ist von fundamentaler Bedeutung für die Weiterentwicklung des Völkerrechts.

d) Fließende Grenzen zwischen Krieg und Frieden, Krieg ohne feste Kampfformen, ohne feste Fronten, ohne Waffenstillstandslinien.

Bei transnational organisierten Terrornetzwerken wie etwa „al-Qaida“ verschwinden die Organisatoren und die Täter in der Anonymität, in der Normalität der offenen Gesellschaft. Dies, nicht ein Angriff von außen, ist die neue Herausforderung. Kleine Kriege sind entgrenzt, entzivilisiert, alle Mittel kommen zum Einsatz. Die Gesamtheit des Gegners wird bekämpft, auch Frauen und Kinder. Es fehlt die Trennung von sicherem Gebiet und Kampfzone, die Geiselnahme großer Teile der Bevölkerung wie z.B. in Sarajewo wird möglich.

e) Zunehmende „Ent-Territorialisierung“ des Krieges.

Der „kleine Krieg“ kann in New York und Washington stattfinden, aber auch in Afghanistan, im Dschungel, in 4000 Meter Höhe oder in urbanen Großräumen Südostasiens.

f) Es wird asymmetrisch gekämpft, d.h. gegen die verwundbarste Stelle des Gegners, gegen Nichtkombattanten, Zivilisten und zivile Infrastruktur. Benutzt wird allgemein zugängliche Technologie. Maximale Wirkung wird mit minimalem Aufwand erzielt. Zynisch gesprochen könnte man sagen, dass die Zerstörung des World Trade Centers aus der Sicht der Attentäter unvorstellbar „ökonomisch“ war.

Herausforderungen des „kleinen Krieges“

Henry Kissinger hat 1969, bezogen auf Vietnam, einmal formuliert: „Die Guerilla gewinnt, wenn sie nicht verliert. Die konventionelle Armee verliert,

wenn sie nicht gewinnt“. Auf die heutige Zeit übertragen heißt das: Der islamische Terrorismus gewinnt, wenn er nicht verliert (d.h. wenn er nicht völlig besiegt und sein Mythos zerstört wird), während die konventionelle Armee verliert, wenn sie nicht gewinnt (Russen in Tschetschenien, Amerikaner in Vietnam, Russen in Afghanistan).

Der islamische Terrorismus in Gestalt des „al-Qaida“-Netzwerkes stellt das klassische Beispiel eines nichtstaatlichen Akteurs dar: Ein lose verknüpftes supranationales Terrorgeflecht mit wahrscheinlich nur geringer staatlicher Unterstützung und kaum greifbarer Infrastruktur. Ein quasi „virtueller Staat“, transnational organisiert und global vernetzt.

Die Kernfrage für uns lautet: Wie schreckt man eine solche Gruppierung ab? Saddam Hussein verfügt über ein Territorium, eine Bevölkerung, eine Infrastruktur, sein Militär, seine Paläste. Ihm kann man wahrscheinlich ein rationales Abschreckungskalkül unterstellen. Die gesamte Logik des Abschreckungskalküls gilt beim „kleinen Krieg“ für Gruppen wie „al-Qaida“ nicht mehr. Die Bereitschaft der Terroristen zur totalen Selbstauftötung durchbricht alle rationalen Kalküle. Märtyrertum als Weg zur Selbstverwirklichung, für die Hoffnung auf ein besseres Leben im Paradies, ist in die Rationalität der Abschreckungslogik nicht mehr einzubinden. Die Attentäter des 11.9. waren nach allem, was wir wissen, allesamt nicht motiviert durch die Hoffnungslosigkeit ihrer persönlichen Situation: Von 19 Attentätern stammten 15 aus teilweise wohlhabenden gutbürgerlichen Familien aus Saudi-Arabien. Sie waren also ganz anders motiviert als z.B. ein Hamas-Kämpfer, der gegen einen israelischen Soldaten seine Waffe in die Hand nimmt, weil seine Familie schon im dritten Jahrzehnt im Flüchtlingslager lebt. Er hat eine physisch erfahrene Begründung dafür, warum er gegen diesen Vertreter der „israelischen Besatzungsmacht“ vorgeht.

In den 50 ärmsten Ländern dieser Erde existieren viele grauenvolle Formen endemischer Gewalt, aber kein Terrorismus. Terrorismus ist also nicht das Produkt von Armut.

Die präventive Identifizierung solcher Attentäter ist schwierig, weil Täterprofile fehlen. Die Täter des 11.9. waren nach allem, was bekannt wurde, intelligente, pflichtbewusste, unauffällige Selbstmordattentäter, keine Psychopathen. Ein egozentrischer Psychopath wäre viel zu unzuverlässig für eine solche Operation. Es gibt keinen Hang zum Selbstmord bei Selbstmordattentätern.

Eskalationsfaktoren: Zunahme der Religionen, Zunahme der religiösen Konflikte, demografischer Faktor

a) Ende 2001 gab es auf der Welt etwa 9900 Religionen, organisiert in ca. 33 000 Konfessionen. Im Zeitalter des säkularen 20. Jahrhunderts verzeichnen wir eine enorme Zunahme der Religionen. Jeden Tag kommen im Süden etwa drei neue hinzu. Auch in den westlichen Gesellschaften wie in der Dritten Welt fliehen immer mehr Menschen auf den größer werdenden Markt religiöser Sinnangebote, um das zu finden, was sie bisher nicht gefunden haben: Sinn, Überzeugung, Identität, Wahrheit und letzte Gewissheiten. Sie suchen Haltegriffe in einer Welt, in der andere Orientierungsmittel nicht mehr verfügbar sind.

In Religion und Ethnizität – diesen beiden letzten Zufluchtsorten – suchen die Menschen das, was sie im säkularen Staat des 20. und 21. Jahrhunderts nicht gefunden haben und nicht finden. In Deutschland haben 200 bis 400 Sekten, neu- oder pseudoreligiöse Bewegungen und Psychogruppen Zulauf. Das ist ein Kampf um die Geldbeutel der Menschen, aber auch um ihre Seelen, ihre Gehirne.

Die drei neuen Religionen des Südens, die jeden Tag hinzu kommen, haben spezifische Eigenschaften: Sie sind fast alle antisäkular, antiwestlich und häufig militant. Zunahme von Religionen heißt fast immer – so die Erfahrung der letzten Jahrzehnte – auch Zunahme von religiös motivierten Konflikten.

b) Auf der Erde leben heute ca. 6,25 Mrd. Menschen. Nach dem aktuellen UN-Weltbevölkerungsbericht sind vier Milliarden davon unter 35 Jahre alt. Die Bevölkerung in den Staaten der Dritten Welt wird immer jünger, die in den Industriestaaten immer älter. In der palästinensischen Bevölkerung beträgt der Anteil der bis 14-Jährigen 46 Prozent, im Irak sind es 42 Prozent, ebenso in Saudi-Arabien, in Pakistan 41 Prozent, in Israel 24 Prozent, in Deutschland 15 Prozent. Die islamische Bevölkerung hat sich weltweit innerhalb von fünf Generationen verachtigt. Europa ist in der gleichen Zeit nicht einmal um 50 Prozent gewachsen. Nach der mittleren Bevölkerungsprognose der UN wird im Jahre 2020 jeder dritte Erdenbürger ein Muslim sein. 2050 werden 9,1 Mrd. Menschen auf der Erde leben.

Eine Ursache dieser demografischen Entwicklung in der dritten Welt liegt u.a. in der Tradition der großfamilien Lebensform, die nicht nur auf dem Balkan, sondern auch in den arabisch-islamischen Staaten anzutreffen ist.

Entwicklung kann dazu führen, dass wir in den nächsten Jahrzehnten als Folge dieses „Jugendüberschusses“ mehr „Revolutionen“ nach innen haben werden, vielleicht auch mehr Expansionswellen nach außen.

Aus Untersuchungen der sogenannten „Genozid-Forschung“ wissen wir: Wenn ein Volk zu 30 bis 50 Prozent aus Kindern und Jugendlichen besteht, wird immer etwas ausgekämpft. Nicht die Ausgezehrtesten kämpfen gegeneinander, sondern Menschen, deren Existenzminimum gesichert ist und die Kraft für den Kampf um mehr haben: Für ihre Identität, für ihr Selbstwertgefühl, für ein Gefühl der Besonderheit, gegen einen Ausschluss aus der Gesellschaft.

Die Frage nach einer Therapie muss derzeit noch unbeantwortet bleiben. Wir fangen quasi diagnostisch erst damit an, die neuen Herausforderungen zu begreifen. Langsam erkennen wir, welche Strukturen der internationalen Politik morsch geworden sind und welche nicht, welche Kriterien und

„Ohne eine gründliche Diagnose der neuen Konfliktstrukturen kann keine Therapie entwickelt werden.“

Es kommt hinzu, dass die meisten religiösen Führer des Islam sich gegen Familienplanung wenden: Verhütung ist unislamisch. Frauen dürfen sich unter dem Gesetz der islamischen Scharia nicht scheiden lassen. Deshalb ist es ihr Bestreben, sich durch eine hohe Kinderzahl an den Mann zu binden, um eine Scheidung (und damit häufig sozialen Abstieg) unwahrscheinlich zu machen. All dies sind wichtige Antriebsfaktoren des Bevölkerungswachstums in der Dritten Welt.

Als Konsequenz wird es wahrscheinlich nicht möglich sein, für alle Nachwachsenden einen Platz in ihrer Gesellschaft zu finden. Es kommt zum Kampf um Positionen, um Karriere und um Macht. Die demografische

Analysemethoden wir auf die neuen Herausforderungen übertragen können bzw. neu entwickeln müssen. Wir brauchen wahrscheinlich eine ganz neue Sprache, um etwa den religiös motivierten Terrorismus überhaupt abbilden zu können. Ohne eine gründliche Diagnose der neuen Konfliktstrukturen kann aber keine Therapie entwickelt werden. Wir müssen in der kommenden Zeit wahrscheinlich mit einer breiten Palette von Gewaltformen rechnen, vom „Guerillakrieg“ über einzelne Anschläge bis hin zu breit angelegten konventionellen militärischen Operationen. ■

Städte in Not:

Regieren mit dem Rotstift

Politiker stimmen Klaglieder der Kommunen an

Über den Gemeinden kreist der Pleitegeier. Große Städte wie München, Saarbrücken, Kassel oder Hannover haben große Löcher im Haushalt. Schuld daran ist auch der Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen. Begriffe wie Haushaltssperre und Investitionsstop gehörten zum Alltagsvokabular der Kämmerer. Nahezu alle freiwilligen Leistungen stehen auf dem Prüfstand. In einem Seminar für Lokalredakteure stellten sich Kommunalpolitiker den Fragen und Problemen.

„Das Aufkommen der Gewerbesteuer, der wichtigsten Einnahmequelle der Kommunen, geht seit zwei Jahren zurück“. Münchens Stadtkämmerer Klaus Jungfer (SPD) kam gleich zu Beginn auf den wunden Punkt der Kommunalfinanzen zu sprechen. Daneben stagnieren die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommenssteuer. Die Ursachen sind klar: Rezession, Arbeitslosigkeit und Änderungen des Steuerrechts. Sie erlauben es Großkonzernen, z.B. Gewinne am Standort München mit globalen Verlusten zu verrechnen und am Ende auf eine Steuerbelastung von Null Euro zu kommen. So hat München einen



Klaus Jungfer: „Flächendeckende Finanzkrise der Kommunen“

Quelle: Stadtkämmerei München

Graphik 1



Rückgang der Gewerbesteuervorauszahlungen von 876 Mio. Euro im Jahr 2000 auf 614 Mio. Euro im Herbst 2002 zu beklagen (siehe Graphik 1).

Neben diesen Verlusten auf der Einnahmeseite verwies Jungfer auf steigende Belastungen auf der Ausgaben Seite: „In den Kommunen sind die Sozialausgaben in den letzten zehn Jahren um 30 Prozent gestiegen“. Insbesondere der Aufwand für die Jugendhilfe sei massiv gewachsen.

„Es muss das rheinische Kellnerprinzip herrschen: wer bestellt hat, der zahlt auch!“

Klaus Jungfer

Diese dramatische Verknüpfung von sinkenden Einnahmen und steigenden Pflichtausgaben hat viele deutsche Städte in eine finanzielle Notlage gebracht. Aus den laufenden Einnahmen sind vielerorts die Verwaltungshaushalte nicht mehr zu decken. ▶

Für die Bilanz 2002 erwartet der Münchener Kämmerer, der auch Vorsitzender des Finanzausschusses des Deutschen Städtetages ist, eine „flächendeckende Ausweitung der Krise“ (siehe Graphik 2).

Die Landeshauptstadt München verzeichnet erstmals seit 1948 ein Defizit im Verwaltungshaushalt von 242 Mio. Euro.

Die gesetzlichen Umlagen sind in den letzten Jahren ebenfalls stetig gewachsen. In den alten Bundesländern wird die Gewerbesteueraumlage schrittweise erhöht: bis 2002 auf 29,9 Prozent des Aufkommens. Und der Finanzausgleich ist mangelhaft.

So verlangt München eine Beteiligung des Freistaats an den städtischen Schulen – eine klassische Aufgabe des Staates. Jährlich schießt die Landeshauptstadt 150 Mio. Euro aus dem eigenen Haushalt zu.



Zeichnung: Dieter Hanitzsch
Quelle: Stadtkämmerei München

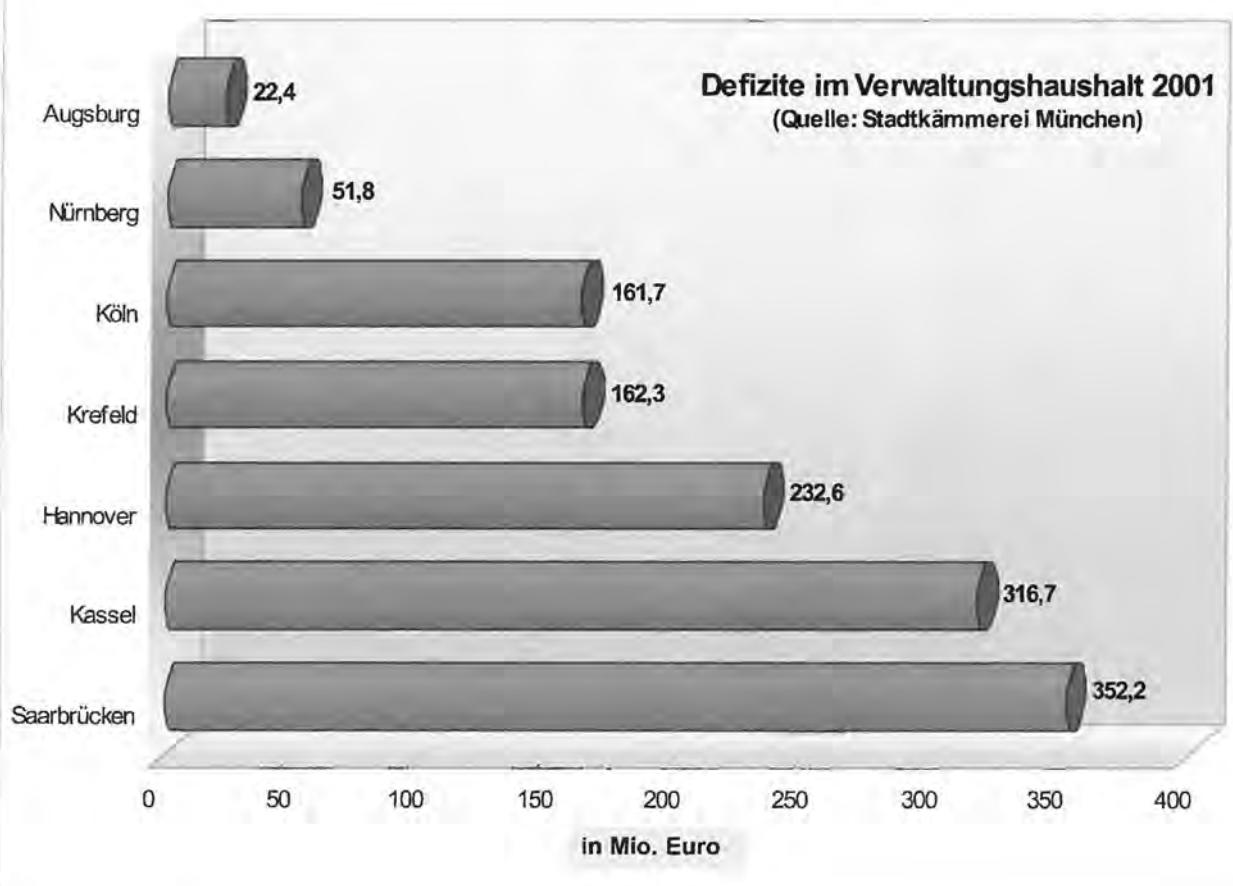
Geplünderte Sparbücher

Die Kommunen sind nicht untätig gewesen. Einschneidende Sparhaushalte wurden und werden verabschiedet. Doch die Folgen der Sparpolitik wirken sich auf Leistung, Qualität und Investitionen aus. Dies wiederum ist Gift für die Konjunktur. Und weil die Vermögenshaushalte – die Sparbücher der Kommunen – auch bereits weitgehend geplündert sind, finanzieren etliche Städte ihre laufenden Defizite zunehmend durch Kassenkredite.

Investitionsverfall

Der stetige Rückgang der kommunalen Investitionen seit 1992 – real in den alten Ländern 40 Prozent – führt mittelfristig zum Verfall der Infrastruktur und erweist sich als Wachstumsbremse.

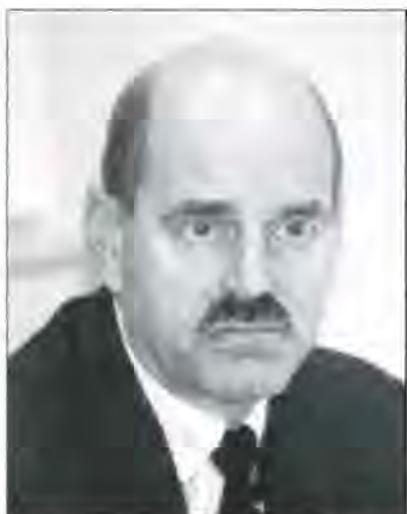
Graphik 2



Doch Jungfer beließ es nicht bei Klageliedern, sondern unterbreitete konkrete Vorschläge für eine Verbesserung der Situation. „Eine Neuordnung der Aufgaben- und Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist notwendig“.

Durch eine Reform der Gemeindesteuern müssten die notwendigen Einnahmequellen erschlossen werden. Und die bittere Pille reichte er gleich nach: „Dies führt zu Steuererhöhungen. Diese höheren Steuern stärken öffentliche Investitionen und regen angemessenes Wirtschaftswachstum wieder an.“

Zu den Zielen einer Gemeindesteuерreform gehört auch das Konnektivitätsprinzip – von Jungfer übersetzt mit: „Rheinisches Kellnerprinzip – wer bestellt, der zahlt auch!“ Er sprach sich dafür aus, dass bei der Reform der Gewerbesteuer der Kreis der Steuerpflichtigen durch Einbeziehung der freien Berufe verbreitert wird. Ferner solle die Bemessungsgrundlage die Wertschöpfung am Standort sein. Die Wurzel des gegenwärtigen Übels – die Organschaft – müsse abgeschafft werden. Er stellte sich damit klar gegen die Position der Bundesregierung, die durch ihre Steuerreform die aktuelle Misere mitverursacht habe.



Regensburgs OB Hans Schaidinger forderte eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzen.

Fotos: Schröder

Neueste Zahlen über die Münchener Finanzkrise wurden nach der Tagung veröffentlicht: im Entwurf für den Verwaltungshaushalt 2003 klafft eine Lücke von 302 Mio. Euro. Grund für das wachsende Defizit sind die wei-

Im Würgegriff der Zinsen

Die Stadt Kassel zahlt **täglich** 103 113,58 • Kreditzinsen.

Damit könnte man...

- täglich den Bau einer Anliegerstraße finanzieren
- alle 36 Tage die Parkgebühren des Jahres erstatten
- alle 40 Tage eine Schule bauen
- alle vier Monate den kompletten Staatstheaterzuschuss bezahlen.
- ein Jahr lang 824 Sozialarbeiter anstellen

Quelle: HNA, 11.12.01

terhin sinkenden Steuereinnahmen. Ende 2002 kassierte die Stadt aus den laufenden Vorauszahlungen zur Gewerbesteuer nur noch 591 Mio. Euro – ein Zehn-Jahres-Tief. Ende 2001 waren es noch 756 Mio. Euro, ein Jahr davor sogar 876 Mio. Euro. Die Nettoneuverschuldung der Stadt steigt von 293 Mio. Euro im vergangenen Jahr auf 917 Mio. für 2003.

Auch der Regensburger Oberbürgermeister Hans Schaidinger (CSU) beklagte die nicht kalkulierbare Finanzsituation der Gemeinden. Auch Regensburg kämpft mit rückläufigen Gewerbesteuereinnahmen und sieht den Grund in der Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung. „Es ist eine Berg- und Talfahrt. Im März 2000 rechneten wir noch mit 213 Mio. DM Gewerbesteuer, im Juni 2000 waren es nur noch 163 Mio. DM. Und im Ansatz für 2002 waren 87 Mio. Euro Einnahmen aus der Gewerbesteuer, im Ergebnis landen wir nur noch bei 54 Mio. Euro.“ Während man im Jahr 2000 allein von einem Unternehmen noch 9 Mio. DM Vorauszahlung erhalten hatte, muss die Stadt Regensburg an dieses Unternehmen jetzt 4,5



Aktuelles Stadtwappen der Stadt München
Zeichnung: Dieter Hanitzsch

Mio. Euro zurückzahlen. Auch Schaidinger forderte eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzen. Am Beispiel Regensburg erläuterte er das „Speckgürtel-Phänomen“ der Großstädte: „Wir haben 110 000 Arbeitsplätze bei 140 000 Einwohnern, das heißt wir liefern Arbeit und Infrastruktur für die Schlafgemeinden im Umland. Die kriegen den Einkommenssteueranteil ihrer gut verdienten Einwohner, müssen selbst aber keine Infrastruktur bereit stellen. Die Lasten bleiben an uns hängen.“ ■

Michael Schröder

Parteiensysteme in Europa

In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis „Parteiensforschung“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft veranstaltete die Akademie unter Leitung der AK-Sprecher Oskar Niedermayer und Richard Stöss eine Tagung zur vergleichenden Analyse von nationalen Parteiensystemen in Europa.

Torsten Oppeland von der Universität Jena rückte zu Beginn der Tagung die Entwicklung der Parteienlandschaften in den Transformationssystemen des mittelosteuropäischen Raumes in das Blickfeld. Sein idealtypisch konstruierter Entwicklungsablauf gliedert sich in verschiedene Phasen: Während unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in der Regel Parteiensysteme mit einem hohen Grad an Konzentration entlang der Bruchlinie post- versus anti-kommunistisch dominierten, differenzierten sich die Parteiensysteme während der ersten Hälfte der 90er Jahre zusehends aus. Wirtschaftliche Fragen dominierten die Agenda und Transformationsgewinner

würden beispielsweise neue Parteien durch öffentliche Mittel langfristig stabilisiert. „Generell“, so Nassmacher, „ist die private und öffentliche Parteienfinanzierung ein wichtiger Faktor, der stärker in die Analyse der Dynamik von Parteiensystemen Eingang finden sollte.“

Der Frage, welchen Nutzen Gewerkschaften noch für sozialdemokratische Parteien haben, widmete sich Wolfgang Schröder von der Universität Frankfurt/Main. Die Beispiele Groß-



Torsten Oppeland: Dominanz der Wechselwähler in Osteuropa



Hiltrud Nassmacher: Private und öffentliche Parteienfinanzierung ist ein wichtiger Faktor

standen Transformationsverlierern gegenüber. Die zweite Hälfte der Dekade führte dann zur zunehmend stabilen Ausprägung eines Links-Rechts-Schemas, wobei die Wechselwilligkeit der Wählerschaft gemessen am westeuropäischen Maßstab immer noch sehr hoch ist.

Dass Parteiensysteme auch durch die Ausgestaltung der Parteienfinanzierung mitgestaltet werden, war das Ergebnis der Analyse von Hiltrud Nassmacher (Universität Oldenburg). So

britannien, Frankreich und Deutschland zeigten, so Schröder, dass die Parteien organisatorisch von Vorfeldorganisationen wie Gewerkschaften zunehmend unabhängiger werden, diese inhaltlich aber durchaus immer noch das Thementableau der Parteien beeinflussten.

Auf die Spezifika des italienischen Parteiensystems ging Reimut Zohlnhöfer (Universität Heidelberg) ein. Nach der fundamentalen Neu- und Umstrukturierung zu Beginn der 90er Jahre ist seit 1994 eine Tendenz zur Bipolarisierung und ein hoher Grad an Fragmentierung zu verzeichnen. ■

Manfred Schwarzmeier

Im Schatten der Macht

Oliver Storz spricht über sein neuestes TV-Projekt

Die Dreharbeiten sind abgeschlossen, der Rohschnitt steht. Oliver Storz, mehrfach preisgekrönter Drehbuchautor und Regisseur („Drei Tage im April“, „Gegen Ende der Nacht“) nahm sich die Zeit, um in der Akademie während eines Interviewtrainings mit jungen Journalisten über sein neuestes Fernsehprojekt zu sprechen: „Im Schatten der Macht“. Das sind die letzten Tage der Regierung Brandt/Scheel zwischen der Verhaftung des DDR-Spions Günter Guillaume im April und dem Rücktritt Willy Brandts im Mai 1974.



Der mehrfach preisgekrönte Autor und Filmemacher Oliver Storz stellte sich den Fragen der jungen Journalisten
Foto: ms

Michael Mendl spielt den Kanzler Brandt, Guillaume wird dargestellt von Brandts Sohn Matthias. In weiteren Rollen: Dieter Pfaff (Genscher), Felix von Manteuffel (Scheel), Markus Boysen (Helmut Schmidt) und Barbara Rudnik als Rut Brandt. Storz, der kein Freund von „Dokudramen“ ist, hat zusammen mit dem ehemaligen „Spiegel“-Reporter Hermann Schreiber sorgfältig recherchiert und dann das Drehbuch mit fiktiven Dialogen geschrieben: „Es ist dichterische Wahrheit, nicht historische Wahrheit. Im Zwielicht der Geschichte ist viel Platz für einen Erzähler wie mich.“ Gesendet wird das zweiteilige Fernsehspiel im Herbst 2003. ■

ms

Die Welt als Wundertüte

Reisejournalismus zwischen Information und PR

Auch wenn die Touristik-Industrie nach Jahren des stetigen Wachstums derzeit (auf hohem Niveau) schwächelt – die Deutschen sind immer noch Weltmeister beim Reisen. Und sollte es in diesem Jahr im Geldbeutel nicht für die Realität reichen oder subjektive Terror-Ängste selbst „Balkonien“ attraktiv machen, goutiert der Konsument dennoch gerne die Medienrealität: Reiseseiten und -beilagen erscheinen regelmäßig

nicht nur in den überregionalen Zeitungen, sondern auch in den regionalen Blättern. Das Radio sendet jede Menge Tipps für die Reise oder für das nächste Wochenende. Der reiselustige Fernsehzuschauer kann sich in rund 15 Magazinen und längeren Reisefeatures über Urlaubsziele rund um den Globus informieren. Aber welche Qualität haben diese medialen Reisen? Geht es den Fachjournalisten wirklich nur um die journalistisch hochwertige Information

der Zuschauer, Hörer und Leser? Oder sind in der Regel Tourismusmanager und Fremdenverkehrsdirektoren bei der Entstehung der Berichte beteiligt, um die jeweilige Urlaubs-Region möglichst gut zu verkaufen? Wie objektiv können die Berichte der Reisejournalisten sein, die oft nur auf Einladung derjenigen, über die sie berichten, zur Recherche kommen? Auf einer Fachtagung wurden die touristischen Medienangebote analysiert und diskutiert.

Dabei standen die Fragen im Mittelpunkt, wohin der Tourismus und seine Darstellung in den Medien sich künftig entwickeln könnten, und welche Bilder von fremden Ländern und Leuten in den Köpfen des Publikums erzeugt werden. Wie sind die Arbeitsbedingungen und die Zukunftsaussichten für die Reisejournalisten, die gerade auch durch die wirtschaftliche Krise bei den Printmedien betroffen sind? Kooperationspartner waren die Vereinigung deutscher Reisejournalisten (VDRJ) und die Stiftung Lesen.

Otto Deppe, ehemaliger Reiseressortchef beim Saarländischen Rundfunk (SR), sah in seiner Analyse vor allem die Kollegen bei privaten Sendern in der Nähe der Verkäufer: „Mit Journalismus hat das oft nichts zu tun.“ Fremdfinanzierungen ließen häufig keinen kritischen und investigativen Anspruch zu. Teilweise seien Regionen und Hotels im Sinne des Veranstalters geschont. Aber auch bei den öffentlich-rechtlichen Sendern nehme die finanzielle Unterstützung durch Veranstalter und Regionen zu: „Das ist normal.“ Alles andere sei wegen der Finanzlage der Sender wirklichkeitsfremd. Man suche die Nähe zu den Veranstaltern: „Reisesendungen sollen vor allem unterhalten. Deswegen überwiegen die schönen Bilder. Sind die

Bilder schlecht, ist auch die Quote schlecht.“ In der Diskussion wurde mehr Transparenz gefordert, z.B. durch Nennung der Sponsoren im Abspann. Und ein Autor meinte zum Thema Einfluss und Abhängigkeit: „Ein kluger Sponsor kauft sich die Kritik gleich mit.“

Verlust von Autonomie

Hans-Werner Rodrian, selbst Reisejournalist, hatte zusammen mit Kollegen Reiseteile deutscher Tageszeitungen untersucht. Er beklagte Rationalisierung, erhebliche Konzentrationstendenzen und Verlust von Eigenständigkeit. Die dpa-Tochter GMS versorgt allein 80 von 131 Tageszeitungen mit Reiseberichten. Und obwohl die Reiseteile im Gegensatz zu anderen Rubriken 2002 keine Anzeigenverluste hinnehmen mussten, werden Entlassungen und Einstellung von Reisebeilagen mit dem Einbruch im Anzeigengeschäft begründet. Während der gesamte Anzeigenmarkt in 2002 um 13 Prozent zurück-

ging, konnten die Touristikanzeigen in Tageszeitungen um 3 Prozent zulegen. Die Reiseteile subventionieren die anderen Ressorts. Trotzdem wird von den Verlegern gespart. Agenturen seien auf dem Vormarsch, Honorare gingen zurück und es fehle an Autonomie. Aber dennoch kann der Leser Qualität entdecken. Dazu zählen Kriterien wie Gestaltung, Nutzwert, Aktualität, Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. Eine Jury des VDRJ sieht die Frankfurter Rundschau als Sieger im Wettbewerb um den „besten Reiseteil 2002“ (siehe Kasten). ▶

Bester Reiseteil 2002

1. Frankfurter Rundschau
2. Die Zeit
3. Süddeutsche Zeitung
4. Berliner Morgenpost
(Reiseteil seit Juni 2002 eingestellt)
5. Sonntag aktuell
6. Frankfurter Allgemeine Zeitung
7. Rheinischer Merkur
8. Hamburger Abendblatt
9. Tagesspiegel Augsburger Allgemeine

Sinkende Etats erhöhen den Einfluss der PR-Agenturen und gerade die Bebilderung greift häufig auf die Angebote der Lobbyisten zurück. Rund ein Drittel der Reiseteile stammt nahezu vollständig aus den Pressemitteilungen der Agenturen. Nach Meinung Rodri-ans seien sogenannte Anzeigenkollektive besonders kritisch zu beurteilen, weil sie oft nicht von den redaktionellen Teilen zu unterscheiden seien und „das Wort ‚Sonderveröffentlichung‘ nur mit der Lupe zu lesen ist.“

Ungenierte Werbung

Gar nicht sparsam ging Jürgen Drensek mit bösartigen Anmerkungen über seine Berufskollegen um. Drensek ist Produzent von Reisesendungen für das



Jürgen Drensek: „Nicht blenden lassen oder selbst zum Blender werden.“

ZDF und Präsident des VDRJ und des Europäischen Reisejournalistenverbandes. „Im Fernsehen wird stark mit Stimmungen jongliert. Reise ist Hochglanz. Ist Reisejournalismus deshalb in Gefahr, nicht mehr zu sein, als Prospekt-Schönheit auf Film-bildern?“ Er kam in seiner Analyse von fast 20 Programmstunden zu dem Ergebnis, dass viele Sendungen bieder und konzeptionslos wirken. Der Autor als Sammler: „Fahr mal hin und bring schöne Bilder mit. Dann machen wir schon was draus.“ Optische Beliebigkeit und sprachliche Eindimensionalität führen zu nicht besonders spannenden Filmen. Drensek stieß oft auf ungenierte Wer-

bung, die jegliche kritische Distanz vermissen ließ. Er plädierte für den journalistischen Filter: „Wir müssen nicht alles kritisieren. Aber der Nutzer erwartet, dass wir uns nicht blenden lassen oder selbst zum Blender werden.“

Im Hörfunk braucht man schon die ganz große Lupe oder besser das Hörrohr, um unter den Musikteppichen der Dudelwellen Reisethemen zu entdecken. Andreas Stopp, Ressortleiter beim Deutschlandfunk in Köln, machte sich

Malerisch und bizarr

Klischees und sprachliche Stereotypen nahm sich der Reiseautor und Sprachkritiker Peter Linden vor. Er schreibt unter anderem für die „Süddeutsche Zeitung“, „Die Zeit“ und das „ADAC-Reisemagazin“ und ist Chefredakteur der Zeitschrift „Reisejournalist“. Er pickte reihenweise und gnadenlos Fundstellen auch aus großen Zeitungen auf: da wimmelt es von malerischen Fischerdörfern, bizarren Felsfor-



Zeichnung: Mester

dennoch auf die Suche und wurde hier und da fündig. Mal eingebaut in Magazine, mal versteckt in Wortprogrammen. Aber die Analyse stimmt nicht froh: „Sendeplätze für Reisefeatures sind verloren gegangen“, lautet die

„Je größer die Entfernung, desto geringer die Haftung für das Geschriebene.“

Peter Linden

Schlussfolgerung des Radiomanns Stopp. Keine Erklärung gab es für die Frage, warum sich die ARD-Hörfunkwellen das hochattraktive Thema „Reise“ so offenkundig entgehen lassen.

mationen und atemberaubenden Was-serfällen. Schweizer sind alle begna-dete Uhrmacher und Luxemburger sprachbegabt. „Reisejournalisten sind die fahrlässigsten Verallgemeinerer der ganzen Branche“, lautet sein bitteres Fazit. „Je größer die Entfernung, de-sto geringer die Haftung für das Ge-schriebene.“ Es müsse doch zu denken geben, wenn die Leser Reiseteile als langweilig empfinden und 82 Prozent sie nicht lesen und behandeln wie bei-gelegte Prospekte von Warenhäusern. „Wir brauchen das Klischee zwar als Partner des Lesers, Es verschafft Auf-merksamkeit und Wiedererkennung. Aber noch im ersten Absatz muss dem Stereotyp widersprochen werden.“ Bei den inhaltlichen Klischees erkannte Linden häufig die „koloniale Attitüde“

mit dem Blick von außen auf Exoten bis hin zum unverhohlenen Rassismus“.

Hilfestellung und Orientierung

Auch die Schlussdebatte wurde vom roten Faden der Tagung „PR und journalistische Unabhängigkeit“ durchzogen. Klaus Stephan, der Österreich als Reiseland vermarktet, forderte den fachkundigen und kritischen Berichterstatter: „Kritik von außen hilft uns oft intern weiter, zum Beispiel wenn Skigebiete zuwenig auf den Umweltschutz achten.“ Und seine Kollegin Gabriele Weishäupl, Chefin des Münchner Fremdenverkehrsamtes, widersprach der Auffassung, Reisejournalisten würden „geschmiert“ zum Zwecke einer freundlichen Berichterstattung: „Wir sprechen keine Einladungen aus und übernehmen keine

Kosten. Natürlich sind wir behilflich und betreuen unsere journalistischen Gäste. Aber wir verstehen uns in erster Linie als Türöffner in München und der Region Oberbayern.“ Peter Linden fand auch nichts Schlimmes daran, wenn Presseabteilungen Hilfe-

stellungen bei der Orientierung in einer Region geben und Gesprächspartner vermitteln. Die PR-Experten in der Runde vermittelten glaubhaft, dass es Ihnen gar nicht so wichtig sei, als Unternehmen genannt zu werden. Es genüge, wenn Reiseziele und Regionen den Weg in die Öffentlichkeit finden. Aber natürlich sehen die PR-Strategen der Touristikbranche die Journalisten als „Werkzeug“ zur Übermittlung der eigenen Botschaft.



Peter Linden: „Reisejournalisten sind die fahrlässigsten Verallgemeinerer der ganzen Branche.“



Gabriele Weishäupl: „Wir verstehen uns in erster Linie als Türöffner.“

Fotos: ms



Zeichnung: Mester

Robin Zimmermann, Pressesprecher der TUI, bedauerte, dass es in der Branche „zu viele Scharlatane“ gebe, die unter dem Segel des Reisejournalismus fahren. Häufig würden Pressereisen in den Redaktionen an fachfremde Kollegen anderer Ressorts als „Belohnung“ abgegeben und entsprechend schlecht sei dann oft auch das Ergebnis. Und Linden betonte, Reisejournalismus komme von „Journalismus, nicht von Reisen“. Die normalen Maßstäbe des kritischen, investigativen, nachfragenden Journalismus sollen selbstverständlich auch an diesen Teil der Medien angelegt werden. ■

Michael Schröder

Verbesserte Chancen für den Jugendschutz in den Medien

Am 1. April 2003 soll der im Herbst zwischen den Bundesländern ausgehandelte Staatsvertrag über den Jugendmedienschutz in Kraft treten. Er betrifft Rundfunk und Telemedien und spiegelt die Gratwanderung zwischen freiem, ungehinderten Austausch aller Botschaften ohne Rücksicht auf Sozialverträglichkeit und dem Ausbau gesellschaftlich verantworteter Kontrolle wider. Kirchlich engagierte Frauen diskutierten mit Fachleuten aus Politik, Wissenschaft und Medien ethische Fragen der neuen Rundfunklandschaft. Kooperationspartner der Tagung war die Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Förderung von Medienkompetenz (EAM).

Klaus-Peter Potthast, Medienreferent der Bayerischen Staatskanzlei, umriss die gegenwärtigen Probleme und Kernaufgaben des Reformvertrages. Derzeit sind offline- und online-Medien hinsichtlich des Jugendschutzes noch getrennt. Deutsche Aufsichtsgremien können auch nur deutsche Anbieter kontrollieren. Und angesichts globaler Kommunikation stelle sich die

dien sowie die Verbesserung der Kontrollstandards im Internet. In Zukunft solle es mehr Vorabkontrollen geben und doppelte Kontrolle solle vermieden werden. Dazu würden die Jugendschutzkriterien des Rundfunks auf das Internet übertragen und spezifische Neuregelungen getroffen. So sei Pornographie erlaubt, wenn der Anbieter Gewähr biete, dass sie nur in geschlossenen Benutzergruppen für Erwachsene zugänglich sei.



Klaus-Peter Potthast erläuterte die Grundlinien des neuen Staatsvertrages über den Jugendmedienschutz.
Fotos: ms

Frage, ob die Indizierung jugendgefährdender Medien noch ein zeitgemäßes Verfahren sei. Als die drei Kernaufgaben beschrieb Potthast die Vereinheitlichung der Gesetzgebungs- und der Aufsichtskompetenz, die Trennung von Medien- und Telediensten, die Trennung von Rundfunk und Telemé-

Neue Kommission für Jugendschutz

Neu ist die Struktur der Aufsicht. Dazu wird eine Kommission für Jugendmedienschutz berufen, die aus zwei Mitgliedern Oberster Bundesbehörden, vier Mitgliedern Oberster Landesbehörden und sechs Direktoren der Landesmedienanstalten besteht. Angehörsene Anbieter richten von der Kommission anerkannte Organe der freiwilligen Selbstkontrolle ein. Diese zertifizierten Einrichtungen werden einen sehr viel höheren Qualitätsstandard als bestehende Gremien haben müssen. Bei Programmangeboten mit Vorabprüfung wird von der Kommission noch der Beurteilungsspielraum geprüft. Bei Programmen ohne Vorabprüfung entscheidet die Kommission. „Die staatliche Letztkontrolle bleibt unverzichtbar“, so Potthast. Zwischen der Jugendmedienschutz-Kommission und der Bundesprüfstelle für jugend-

gefährdende Medien wird es Abstimmung und Kooperation geben. So können in Zukunft keine Schnittfassungen von indizierten Filmen mehr durch eine Landesmedienanstalt freigegeben werden. „Das Totalverbot bleibt bis zur Freigabe durch die Bundesprüfstelle bestehen.“

Der Direktor der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien, Wolf-Dieter Ring, begrüßt das neue Modell. Erstmals sei eine gemeinsame Aufsicht für Rundfunk- und Telemedien möglich. Es gebe einen hohen Vertrauensvorschuss für die Selbstregulierung der Anbieter, aber auch Möglichkeiten der



Wolf-Dieter Ring: hoher Vertrauensvorschuss für die Selbstregulierung der Anbieter

verbesserten Zusammenarbeit zwischen staatlich eingerichteter Aufsicht und Selbstkontrolle. Für die künftige „Kommission für Jugendmedienschutz (KJM)“ sieht er durch den Erlass von Richtlinien und Satzungen „weitgehende Steuerungsmöglichkeiten“. So könne die KJM alle bisherigen Sanktionsmaßnahmen wie Beanstandungen und Bußgelder gegenüber den Veranstaltern ausüben, wenn die Freiwillige Selbstkontrolle ihren Beurteilungsspielraum überschreite. Positiv bewerte Ring auch die vorläufige Befristung der Neuregelung auf drei Jahre und die danach anstehende Beurteilung und Bewertung.

Streit um Pornographie

Heftige Kontroversen über die Ausstrahlung von Pornographie gab es zwischen Thomas Voss von der Hamburgischen Anstalt für neue Medien (HAM) und dem Justiziar des Pay-TV-Senders „Premiere“, Burkhard Menke. Der Bezahl-Sender gehörte zum Pleite gegangenen Imperium des Münchner Medienmoguls Leo Kirch. Inzwischen haben sich Käufer gefunden und unter dem neuen Geschäftsführer Georg Kofler steigen die Abonentenzahlen langsam wieder. Ende 2002 waren

es nach Senderangaben 2,6 Millionen. Insgesamt 20 erfolgreiche Beanstandungen wegen pornografischer Inhalte gab es bisher gegen „Premiere“. Menke bestreit, dass sein Sender „harte Pornographie“ sende. „Effektive Barrieren“ würden den Zugang von Jugendlichen verhindern, ein vierstelliger Pin-Code sei ein „effizientes Wahrnehmungshindernis“. Im Pay-TV sind ab 18 Jahren freigegebene Filme verschlüsselt ab 20.00 Uhr empfangbar. „Wenn wir Porno zeigen wollen, dann nicht mit den bisherigen, unzulänglichen Sicherungsmechanismen.“

Dem Hamburger Medienwächter Voss ging es aber nicht nur um rechtliche Aspekte, sondern auch um ethische: „Es geht nicht um Prüderie und Sexualfeindlichkeit. Pornographie ist frauenfeindlich und gegen das Menschenbild des Grundgesetzes gerichtet. Es gibt einen gesellschaftlichen Konsens, dass Pornos unzulässig und nicht erwünscht sind.“ Die Reduzierung von Liebe und Erotik auf Sexualität müsse verhindert, Qualitätskriterien für Erotikfilme müssten entwickelt werden. ■

Michael Schröder

Tabuverletzungen im Internet

Von Sabine Jörk

Einer der meisten Tabubrüche, die sich im world wide web (www) finden lassen, ist der Exhibitionismus von Privatpersonen. Auf privaten Homepages kann der Interessierte Einblicke aller Art in das Privatleben der Person bekommen. Es finden sich Nackt- und Intimphotos und häufig auch Videoclips mit erotischen bis pornografischen Darstellungen.

In der öffentlichen Diskussion um Tabubrüche im Internet gibt es drei vorherrschende Themenkomplexe, die bezüglich der Gefährdung von Kindern und Jugendlichen immer wieder thematisiert werden: Gewaltdarstellungen, Rechtextremismus und Pornografie, insbesondere Kinderpornografie. Die Möglichkeit der raschen Verbreitung und Nutzung von pornografischen Material erhöhen in der Szene die Attraktivität des neuen Vertriebswegs. Besonders Pädophile haben sich längst des neuen Mediums bemächtigt. Jährlich werden allein in Deutschland ca. 600 Fälle von kinderpornografischem Material angezeigt. Immer wieder gelingt es den Internetfahndern in *newsgroups* Kontakt zur pädosexuellen Szene aufzunehmen und über nationale Grenzen hinweg Netzwerke von Pädophilen aufzudecken. Im *world wide web* trifft man zwar häufig auf Seiten, die entweder Porta-

le zu pornografischen Angeboten sind oder für diese Werbung machen, allerdings nicht im Bereich der Kinderpornografie. In den meisten Fällen kann man diese Angebote nicht so ohne weiteres tatsächlich nutzen. Diese Angebote sind meist kostenpflichtig: so kann man zwar versehentlich auf die Portalseite gelangen, aber unfreiwillig sieht keiner mehr als er wollte.

Gewaltverherrlichung

Neben pornografischem Material findet auch die Verbreitung von gewaltverherrlichen Darstellungen in zunehmenden Maße statt. Hier kann man Fotos oder Videoclips von verletzten, verunstalteten und getöteten Menschen sehen. So konnte man bei *rotten.com* unter dem Suchbegriff „WTC-Jumper“ Menschen sehen, die am 11. September 2001 aus dem brennenden World Trade Center sprangen. Natürlich gibt



Sabine Jörk: „Aufklärung ist die beste Prävention.“ Foto: ms

es auch jede Menge Computerspiele, die unsittliche, verrohend wirkende und gewalthaltige Handlungen beinhalten. Ferner kann man sich auch sog. „Bloodpatches“ auf entsprechenden Seiten herunterladen, mit deren Hilfe „Entschärfungen“ von CD-ROM-Spielen für den deutschen Markt rückgängig gemacht werden können.

Schließlich gibt es im Internet zahlreiche zur Gewalttätigkeit, Verbrechen oder Rassenhass anreizende sowie kriegsverherrlichende Schriften. Insbesondere die rechtsradikale Szene macht sich die verschiedenen Vertriebswege zu eigen und kann somit ihr Propagandamaterial schneller und breiter streuen. Rechtsradikale versuchen auch aktiv sich in die öffentliche Diskussion in Internetdiensten einzuschalten. So sind sie zum Beispiel nicht nur in ihren eigenen Chat-Plattformen und Diskussionsgruppen zu finden, sondern versuchen systematisch auch

Sabine Jörk arbeitet als Kommunikationswissenschaftlerin für das Transferzentrum Publizistik und Kommunikation in München. Wir veröffentlichen ihren Vortrag in gekürzter Fassung.

die anderen Diskussionsrunden zu unterlaufen. Überall, wo es „Schwarze Bretter“ oder direkte Kommunikationsmöglichkeiten gibt, trifft man von Zeit zu Zeit auch auf die entsprechenden Parolen.

Problem Anonymität

Das Internet in seiner Vielfalt von Nutzungsmöglichkeiten bietet ein willkommenes technisches Werkzeug. Hinzu kommt, dass auf Grund seiner Struktur das Netz auch nicht so einfach zu kontrollieren ist, die sogenannte Internetpolizei oft lange *under cover* suchen muss, bis sie tatsächlich fündig wird und den Urheber dingfest machen kann.

Ein großes Problem stellen die elektronischen Zahlungssysteme dar, die eine anonyme Abwicklung eines Geschäfts ermöglichen. Derjenige, der die Inhalte ins Netz einspeist, muss demjenigen, der sie nutzt, nicht mehr bekannt sein. Oft sind Anbieter unseriöser Angebote nur kurze Zeit unter einer Adresse zu finden. Sie treffen die entsprechenden Vorsehrungen, um bei ihren illegalen Transaktionen nicht erwischt zu werden und nutzen die neue Technik dabei für sich aus.

Jugendschutz im Internet

Das große Problem bei der Verfolgung von Straftaten im Internet ist, dass wir es mit unterschiedlichen Rechtssystemen zu tun haben. Es gibt keinen harmonisierten Kinder- und Jugendmedienschutz. So sind in einigen EU-Staaten Kinder nur bis zum 12. Lebensjahr geschützt. Der Jugendschutz im Internet muss zunächst einmal national angegangen werden. Wir brauchen klare gesetzliche Vorgaben, die den Fahndern schnelles und wirkungsvolles Handeln erlauben. Es müssen technisch effiziente Möglichkeiten der Kontrolle und des Eingreifens gefunden werden, ohne dabei gegen Grundrechte zu verstößen.

Aber alle Gesetze und Kontrollmechanismen werden uns aktuell und auch langfristig nicht vor gefährlichen und problematischen Inhalten schützen. Insbesondere Betreiber von Kinderwebsites achten sehr darauf, dass Kin-

der in ihren Auftritten nicht auf kritisches Material stoßen können. Aber auch wenn von offizieller Anbieterseite das Problem erkannt wurde und immer mehr darauf reagiert wird, werden wir es weiterhin mit einer Vielzahl von „schwarzen Schafen“ zu tun haben, die sich die Struktur des Netzes zu eignen machen.

Anders als in den klassischen Medien haben wir es nun erstmals mit einem Medium zu tun, in dem jeder Einzelne aktiv partizipieren und mitgestalten kann, ohne seine wahre Identität preisgeben zu müssen. Die Anonymität ist das zentrale Problem: der Ausgangspartner einer Nachricht ist wesentlich schwerer - wenn überhaupt - zu finden als in allen anderen Medien.

Aus diesem Grund erscheint es mir wesentlich sinnvoller, Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene über die Gefahren, denen sie im Netz begegnen

können, aufzuklären, sie bei ihren ersten Erfahrungen im Netz kompetent zu begleiten und ihnen die Möglichkeit zu geben, über alle im Internet gemachten Erfahrungen offen reden zu können. Aufklärung ist die beste Prävention.

Medienkompetenz ist für die Nutzung des Internets unabdingbare Voraussetzung. Über je mehr Kompetenz der Einzelne im Umgang mit dem Internet verfügt, desto geringer ist die Gefahr mit schädlichen Einflüssen in Kontakt zu geraten. Nicht hilfreich sind hierbei sog. „bewahrpädagogische“ Maßnahmen, sondern der Einzelne und auch das Kind müssen kompetent gemacht werden, um mit problematischen Inhalten umgehen zu können. Es wird daher die Aufgabe von Medienpädagogen, Eltern und Pädagogen sein, die Kinder aufzuklären und den effizienten Umgang mit dem Medium zu vermitteln. ■



Fortschritt oder Fluch?

Kontroverses zur Einführung der Präimplantationsdiagnostik (PID)

Lange galt uns die genetische Konstitution des Menschen als eine natürliche und unabänderliche Bedingung. Mit den stetig wachsenden Möglichkeiten der Gen- und Reproduktionstechnologie hat diese Annahme ihre Selbstverständlichkeit verloren; die Idee, den Menschen nicht mehr nur durch Erziehung und kulturelle Einflüsse zu verbessern, wurde wiederbelebt. Als eines der wenigen europäischen Länder ist es in Deutschland bisher nicht erlaubt, die Präimplantationsdiagnostik (PID) anzuwen-

den. Im Januar hat sich nun der Nationale Ethikrat erwartungsgemäß dafür ausgesprochen, die PID für sogenannte Hochrisikopaare zuzulassen; bald wird sich auch der Bundestag mit dieser Methode beschäftigen, die es erlaubt, Embryonen auf bestimmte genetische Krankheiten zu untersuchen. Während die einen zukunftsoptimistisch mit der Vermeidung von Krankheiten und Behinderungen argumentieren, wittern Dritte zivilisatorisches Unheil und fürchten Selektion und Eugenik. Haben wir bald nur noch Designerbabys? Werden Embryonen zur Ware?

Normative Kraft des Fiktiven

Dietmar Mieth, Mitbegründer des Tübinger Zentrums für Ethik in den Wissenschaften, ist der Auffassung, dass wir eine verspätete Diskussion führen und der Rubikon schon mit der Zulassung der künstlichen Befruchtung überschritten worden sei. Damals seien die Voraussetzungen zur genetischen Untersuchung im Reagenzglas geschaffen worden und jene Probleme entstanden, mit denen wir uns heute beschäftigen müssen. Bei der Einführung der künstlichen Befruchtung Anfang der 1970er Jahre sei es noch geradezu unvorstellbar gewesen, künstliche Befruchtungsmethoden und Gentechnik könnten jemals kombiniert werden. Heute dagegen verspreche uns die Gentechnik und ihre Sprachpolitik mit der „normativen Kraft des Fiktiven“ oft viel mehr, als tatsächlich geleistet werden könnte. Entgegen dem allgemeinen Wunsch nach Individualisierung strebten wir in der Gentechnik mittlerweile zu einer Typisierung. Wer und anhand welcher Kriterien entscheiden solle, was typisch ist, was normal ist und was nicht, bleibe dagegen offen. Eindringlich forderte der theologische Ethiker größere Transparenz in der Information über gentechnische Fragen und der Argumentation darüber.

Auf die sprachliche Verwirrung ging auch Nikolaus Knoepffler vom Ethikzentrum Jena ein.

Obwohl man meist von der Verhinderung von Erbkrankheiten spreche, gehe es tatsächlich doch um die Verhinderung des Krankheitsträgers, nämlich des genetisch kranken Embryos. Er stellte die Perspektive der katholischen Kirche, die die künstliche Befruchtung



Nikolaus Knoepffler: „Es geht nicht um die Verhinderung von Erbkrankheiten, sondern um die Verhinderung kranker Embryos.“

und ihre Nachfolge-Techniken wie die PID für schlechte Handlungen hält, jener Perspektive gegenüber, die das menschliche Genom als bestimmd für unsere Verhaltensweisen hält und die gesellschaftlichen Auswirkungen gentechnischer Methoden im Blick hat. Eine dritte Perspektive dagegen hebt auf den dynamischen Charakter des Menschen und seiner Natur ab. Sie geht von der prinzipiellen Zulässigkeit der gentechnischen Methoden aus, so-

lange andere Menschen dadurch nicht beschädigt werden. Bei der zentralen Frage, ob dem Embryo Menschenwürde zukomme, könnten zumindest aus zwei Perspektiven ganz unterschiedliche Folgerungen gezogen werden. Mit Blick auf die Widersprüche des geltenden Embryonenschutzgesetzes lobte Knoepffler denn auch die Haltung des Vatikan, die sich im Vergleich mit den zweideutigen Perspektiven durch hohe methodische Konsequenz auszeichne.

Befruchtungstourismus

Von gänzlich anderer Warte betrachtete Ute Hehr, Reproduktionsmedizinerin aus Regensburg, die Diskussion der Ethiker. In ihre Praxis, in der ungewollt kinderlose Paare oder Paare mit Erbkrankheiten in der Familie behandelt werden, kämen Patienten, die Hilfe suchen. „Es geht nicht um den Embryo“, stellte sie klar. Um den gehe es, wenn künstliche Befruchtungen und die zulässigen genetischen Untersuchungen wie die nachgeburtliche Diagnostik durchgeführt werden. Die momentan diskutierte vorgeburtliche PID sei nur in rund 1,5 Prozent der Fälle, nämlich bei Erkrankungen, die auf ein einziges defektes Gen zurückzuführen sind, theoretisch einsetzbar. Die Mehrzahl der Krankheiten werde durch das Zusammenwirken mehrerer defekter Gene ausgelöst. Viele Behinderungen entstünden zudem erst während der Geburt. Den meisten ihrer Patienten sei

die jeweilige Erkrankung und ihr Verlauf aus dem eigenen Erleben in der Familie bekannt. Sie kämpften oft mit gesellschaftlichen, partnerschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten und blieben doch im Unklaren über die zu erwartende individuelle Schwere der Krankheit. Eindringlich schilderte die Praktikerin die medizinischen Risiken und emotionalen Belastungen der Patientenpaare, bezeichnete aber auch die gegenwärtige Situation der Ärzte als untragbar. Hehr sprach von einem drohenden Befruchtungstourismus in Länder, die die strittigen Methoden erlaubten. Sie verwahrte sich gegen den Eindruck, mit Hilfe der PID sollen nur noch „genetisch gesunde“ Kinder geboren werden. Vielmehr gehe es um die Geburt eines Kindes ohne das jeweils untersuchte spezifische Leiden, mit dem die Familie genetisch belastet sei.

Recht auf Nichtwissen

Widerspruch bekam die Medizinerin von der Bundesvorsitzenden der Lebenshilfe, Maren Müller-Erichsen. Die Mutter eines inzwischen erwachsenen



Maren Müller-Erichsen: „PID ist Selektion“. Fotos: mw

Sohnes mit Down-Syndrom sprach sich eindeutig gegen die Zulassung der PID aus, die in ihren Augen eine Methode zur Selektion ungewollter Kinder ist. Sie schilderte ihre Erfahrungen auch aus Sicht der betroffenen Menschen, die die heutige Diskussion mit erleben und begreifen müssen. Durch vereinfachte Darstellungen würden außerdem Begehrlichkeiten geweckt, die die Medizin gar nicht erfüllen könne. So werde ein Klima geschaffen, in

Präimplantationsdiagnostik (PID)

Ein menschlicher Embryo wird nach einer künstlichen Befruchtung vor der Einpflanzung in die Gebärmutter auf krankhaft verändertes Erbgut (Erbkrankheiten) untersucht. Dabei reifen durch Hormonbehandlung mehrere Eier heran, die im Reagenzglas (in vitro) befruchtet werden. Dem Embryo wird dazu eine Zelle entnommen, aus dessen Zellkern der entsprechende Abschnitt der DNS isoliert und auf Erbkrankheiten hin untersucht wird. Gesunde Embryonen werden in die Gebärmutter eingeplantiert, Embryonen mit krankhaft verändertem Erbgut werden nicht eingeplantiert. Weltweit wurden bisher rund 4000 PID-Zyklen durchgeführt, die zu einer Schwangerschaftsrate von rund 20-25 Prozent führten. Die PID ist in Deutschland nach gängiger Auslegung des Embryonen-

schutzgesetzes verboten, in den meisten anderen europäischen Ländern dagegen erlaubt. Der Nationale Ethikrat hat sich im Januar nach ausführlichen Anhörungen mehrheitlich dafür ausgesprochen, die PID jenen Paaren zu erlauben, die ein hohes Risiko haben, ein Kind mit einer genetischen Krankheit zu bekommen. Damit solle den Eltern ein existentieller Konflikt erspart werden. Ein Gентest an einem Embryo im Reagenzglas sei, so die Meinung der meisten Mitglieder, weniger belastend als die spätere Abtreibung eines eigentlich gewollten, schwerst behinderten Kindes. Angemahnt wurde vom Ethikrat auch ein Fortpflanzungsmedizingesetz, das die Fragen der Reproduktionsmedizin regeln solle.

mw

dem es für werdende Mütter immer schwerer werde, gegen den Zeitgeist anzugehen. Die gesellschaftliche Ausrichtung an Perfektion und Leistungsfähigkeit lässt die Bundesvorsitzende um die Solidarität mit und Anerkennung von Behinderten fürchten. Sie bezog eindeutig Position und forderte ein Recht auf Nichtwissen, die psychosoziale Beratung vor den gängigen vorgeburtlichen Untersuchungen und eine eindeutige Regelung gegen den Missbrauch dieser Methoden einschließlich der PID.

Mit der PID steht – nach der jüngsten Debatte um die Forschung mit embryonalen Stammzellen – wiederum der moralische und rechtliche Status des Embryos und die Zulässigkeit medizinischer Eingriffe in die menschliche Entwicklung zur Diskussion. Mit jeder Meldung aus den Forschungslabors und Kliniken, die Lösungen anbieten oder versprechen, entstehen neue, oft noch gar nicht abzusehende Probleme. Ein Ende scheint also noch lange nicht in Sicht. Einig war man sich deshalb in der Forderung, dass die ethischen Probleme der gegenwärtigen Methoden gelöst und eine eindeutige Rechtslage geschaffen werden müssen.

■ Miriam Wolf

PID im Internet

Linktipps zur

Präimplantationsdiagnostik (PID):

Bürgerkonferenz Streitfall Gen-diagnostik:

http://www.buergerkonferenz.de/pages/start_ge2.htm

Bundesärztekammer, Diskussionspapier zur Regelung der PID:

<http://www.bundesaerztekammer.de/30/Richtlinien/Richtidx/PraeimpEntwurf/10Diskuss.html>

Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.:

<http://www.lebenshilfe.de/bvh1.htm>

Deutsches Referenzzentrum für Ethik in den Biowissenschaften:

<http://www.drze.de/themen/blickpunkt/pgd?la=de>

Embryonenschutzgesetz (ESchG):

<http://www.jura.uni-sb.de/BGBI/TEIL1/1990/19902746.1.HTML>

Ethikzentrum der Universität Jena:

<http://www.ethik.uni-jena.de/>

Gen-Ethisches Netzwerk:

<http://www.gen-ethisches-netzwerk.de/>

„Klar sind die Deutschen anders, sie sind ja auch Deutsche!“

Integrationsprobleme der Spätaussiedler

Anfang der 90er Jahre wurden die Ausreisemodalitäten für Spätaussiedler wesentlich erleichtert. Seither sind jährlich fast 200.000 Deutsche aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland ausgewandert. Mangelnde Akzeptanz seitens der einheimischen deutschen Bevölkerung sowie durch unzureichende Sprachkenntnisse verursachte Integrationsschwierigkeiten kennzeichnen ihre aktuelle Situation in Deutschland. Hinzu kommt, dass die Mittel zur Förderung von Eingliederungsmaßnahmen kontinuierlich gekürzt wurden. In Anbetracht dieser prekären Situation ist es um so wichtiger, die vorhandenen Integrationshilfen effizient auf die jewei-

lige soziale und kulturelle Herkunft der Migrantinnen und Migranten abzustimmen. Vor diesem Hintergrund trafen sich Wissenschaftler und Praktiker der Integrationsarbeit in Tutzing, um über die sozio-kulturellen Werte der Spätaussiedler, ihre Identifikationsmuster, die Aufrechterhaltung des deutschen Kulturgutes sowie die bestehenden Generationenunterschiede zu diskutieren. Die Tagung wurde mit der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie (AGEE) und der Stiftung „Bürger für Bürger“ durchgeführt. Diese Tagung bildete einen Höhepunkt des durch das Arbeitsamt finanzierten und von der AGEE durchgeführten Projektes zur Integration von Spätaussiedlern.

Tatjana Piters, Vorsitzende des Prometheus Vereins e. V. in Hamm, verdeutlichte mit ihrem Vortrag, wie wichtig es für die Integrationsarbeit sei, dass der Mensch zu sich selbst finde: „Nur wenn man sich als Mensch fühlt, kann man sich in einem fremden Land auch zu Hause fühlen.“ Die Hauptaufgabe des Vereins liegt somit im Versuch, *Hilfe zur Selbsthilfe* zu leisten, besonders durch die Vermittlung von Wissen über Kultur und Gesellschaft des neuen Heimatlandes. Der Verein bietet Projekte für die ganze Familie an. So werden die Eltern beispielsweise über Freizeitangebote für Jugendliche informiert, was eine intensivere Teilhabe am Leben der Kinder gewährleisten soll.

Eine weitere Aufgabe des Vereins besteht darin, den Spätaussiedlern Orientierung über die berufliche Situation zu geben und Motivationshilfe für die Aufnahme einer Beschäftigung zu leisten, auch wenn noch Defizite in der Sprachbeherrschung vorhanden sind.

Kultur lebt

Das Thema Kultur stand im Mittelpunkt der Tagung, und so stellte sich u.a. die Frage, ob das, was Russlanddeutsche in ihren Herkunftsländern als deutsches Kulturgut zelebrieren, deutsche, russische oder russlanddeutsche Kultur sei.

Die Kulturanthropologin Tamara Constable nahm aus ihrem dreimonatigen Forschungsaufenthalt im Altaigebiet in Südsibirien den Eindruck mit, dass es starre Regeln gebe, was russlanddeutsche Kultur „zu sein habe“.



Tamara Constable: „Kultur muss leben, anstatt Traditionen nachzujagen“

Sie empfand die festlichen Veranstaltungen dort mindestens so sehr als bemühte Lehrveranstaltung *über* ein Fest als *ein Fest selbst*. Fragen nach dem Kulturbegriff (statisch oder dynamisch) und in diesem Zusammenhang auch nach der Rolle der Tradition wurden lebhaft diskutiert. Tamara Constable führte in diesem Zusammenhang an, dass die Ethnologie den *Traditions-*

begriff mit dem der „Konstruktion“ gleichsetze und dass nur das „echt“ sei, was gerade gemacht werde. Kultur müsse leben, anstatt Traditionen nachzujagen.

In Bezug auf „Wahrnehmungs- und Identitätsstrategien“ berichtete Sabine Zinn-Thomas vom Institut für Volkskunde der Albert-Ludwigs-Universität



Sabine Zinn-Thomas: Kultur als dynamisches Modell begreifen

Freiburg über ihre Erfahrungen in einer Hunsrücker Gemeinde. Sie stellte den Unterschied zwischen kultureller Differenz und der Zuschreibung kultureller Differenzen heraus. Sie beobachtete Zuschreibungsprozesse zu

kulturellen Differenzen als *Konstrukt*, die dann die Grundlage für reale Schwierigkeiten im Umgang miteinander wurden. In ihrem Fazit wurden Parallelen zum Vortrag von Tamara Constable deutlich: Man müsse Abschied nehmen von Vorstellungen von Kultur als einem geschlossenen System und sich stattdessen hin zu Kultur als einem dynamischen Modell orientieren.

Die beiden Ethnologiestudentinnen Hilke Lamers und Rita Sanders von der Universität Köln thematisierten im Rahmen ihrer Magisterarbeit den Einfluss kultureller Werte auf die Integration. Sie überprüften Strategien zur Bildung ethnischer Identität auf ihre Integrationstauglichkeit. Interessantes Ergebnis: Migrantinnen und Migranten, die ihre Selbstbezeichnung mit *russisch* angeben, geraten seltener in Identitätskrisen als diejenigen, die sich als *Deutsche* sehen. Hier zeigt sich, wie wichtig die Wahrnehmung der eigenen Kultur und die durch sie vermittelte Wahrnehmung der eigenen Identität für den Integrationsprozess ist. Folgende Erklärung eines Spätaussiedlers für die kulturellen Unterschiede verdeutlicht das: „Klar sind die Deutschen anders, sie sind ja auch Deutsche!“.

Was heißt „erfolgreiche Integration“?

Einigkeit bestand darin, dass eine Integration als gelungen gelten kann, wenn die Migranten es schaffen, sich in ihrer neuen Umgebung „zu Hause“ zu fühlen. Das Ziel hierbei könnte allerdings nicht die vollständige Assimilation sein und das damit verbundene Vergessen der „alten“ Heimat, der Freunde und der bis dato gelebten Kultur. Vielfalt und die Anerkennung der Andersartigkeit sollten bewahrt werden. Zur Entwicklung eines Heimatgefühls gehöre immer auch der Aufbau eines Netzwerkes, etwa durch den Kontakt zu deutschen Freunden, zu anderen Spätaussiedlern und Migranten. Ausschlaggebend sei Entwicklung von Persönlichkeit, Identitäts- und Selbstbewusstsein als Voraussetzung dafür, die Struktur der Gesellschaft des neuen Heimatlandes zu erkennen und seinen eigenen Platz in diesem neuen System zu finden.

Fehlende Kenntnis von Werten und Normen

Weitere Beispiele für die Bemühungen um Integration lieferten die Praxisberichte von Martin Mersch-Bolhorst, Tischlermeister und Werkstattleiter im Verein Berufliches und Soziales Lernen im Hunsrück, sowie von Wolfgang Lang, Aussiedlerbeauftragter der Stadt Nürnberg.

Martin Mersch-Bolhorst qualifizierte unter anderem russlanddeutsche Spätaussiedler zu Schreinerhelfern. Aufgrund seiner Erfahrung hält er mangelnde Sprachbeherrschung und fehlende Kenntnisse von Werten und Normen der sozialen Marktwirtschaft für die Hauptursache einer missglückten Integration in die deutsche Gesellschaft. Im Gegensatz zu Deutschland sind Ruhe, Gelassenheit, Zusammengehörigkeitsgefühl und Familiensinn im Selbstverständnis der Spätaussiedler Werte, die auch im Arbeitsalltag ihre Bedeutung behalten müssen.



Wolfgang Lang: breit angelegte Integrationsbemühungen

Fotos: Willenborg

Wolfgang Lang ging in seinem Vortrag vor allem auf die Integrationsarbeit der Stadt Nürnberg für Jugendliche ein: Förderung des Vereinslebens durch die Mitarbeit eines russlanddeutschen Trainers, Nachhilfeprojekte von Lehrern, Einbindung der Eltern in ehrenamtliche Tätigkeiten, Streetwork, Projekte und Sportfeste sind nur einige Beispiele für die breit angelegten Integrationsbemühungen.

Die Tagungsbeiträge wurden in der Ausgabe 2-2002 der Zeitschrift „Entwicklungs-ethnologie“ veröffentlicht (Zu beziehen über die AGEE-Geschäftsleitung agee@gmx.de oder 01212 512797-259).

Weiterbildung von Multiplikatoren

In der abschließenden Diskussion wurde einmütig festgestellt, dass vor allem die Weiterbildung von Multiplikatoren einen wichtigen Beitrag zu einer verbesserten Integration leisten könne. In erster Linie wurde in diesem Zusammenhang auf die Weiterbildung von Lehrern eingegangen: Jugendliche machen einen großen und wichtigen Teil der Spätaussiedler aus, ihre Integration gestaltet sich jedoch insofern als schwierig, weil sie überwiegend nur auf Wunsch der Eltern mit nach Deutschland gekommen sind. Eine bessere Aufklärung über die sozio-kulturellen und historischen Hintergründe in den Herkunftsgebieten könnte ihre Integration erleichtern.

Des weiteren wurde die Frage nach der Rolle der Medien angesprochen. Auch hier waren sich alle Teilnehmer darüber einig, dass gerade auf lokaler und regionaler Ebene mehr Engagement gezeigt werden müsste, um das Thema „Spätaussiedler in Deutschland“ am Leben zu erhalten.

Die leidige Frage nach der Finanzierung von Projekten bildete den Abschluss der Tagung. Erfreulicherweise wurden viele Anregungen gegeben, welche staatlichen oder privaten Förderungen zur Projektfinanzierung genutzt werden können. ■

*Daniela Franzke,
Sabine Treinen,
Karl-Heinz Willenborg,
Simone Zimmer*

Emotion und Anekdoten statt Erklärung und Analyse?

Journalisten und Wissenschaftler ringen über Zeitgeschichte im Fernsehen

Geschichte im Fernsehen ist „in“ und bringt Quoten: ob Napoleon, Stalingrad oder „Schwarzwaldbau 1902“: die Sender erleben einen bisher nicht bekannten Boom und breites Interesse. Gründe gab es also genug für einen Workshop, in dem Redakteure, Autoren, Wissenschaftler und Pädagogen die thematische Bandbreite ausleuchteten. Das Seminar wurde in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Fernsehen veranstaltet.

Ulrike Leutheusser, Leiterin des Programmreichs Wissenschaft – Bildung – Geschichte des Bayerischen Fernsehens, stellte zu Beginn die zentralen Fragen: Welche Themen werden behandelt und welche Themen sollten behandelt werden? Warum wird Zeitgeschichte so häufig auf den Nationalsozialismus reduziert? Was erwartet das Publikum? Gibt es Themen, die nicht über das Fernsehen transportiert werden können? Schließlich sei es auch wichtig, so Leutheusser, zu fragen, ob Erinnerungen eine emotionale Basis bräuchten, damit sie den Zuschauer erreichen.

Hochgewürzte Bilder

Am Holocaust-Beispiel verdeutlichte die Literaturwissenschaftlerin Wanda Wende (Universität Groningen) Eigenheiten und Problematik der Darstellung von Zeitgeschichte im Fernsehen. „Medien“, so Wende, „sind keine neutralen Vermittler, sondern immer auch Instrumente der Wirklichkeitskonstruktion.“ Historische Ereignisse könnten durch das Fernsehen in ihrer Totalität und Komplexität niemals vollständig abgebildet, sondern allenfalls annäherungsweise rekonstruiert werden. Dieser Befund gelte sowohl für die dokumentarische wie auch für die fiktionale Darstellungsweise. Was seit Mitte der 90er Jahre verstärkt zu beobachten sei, ist die Tendenz, das Unterhaltungselement zu verstärken, indem „spannende Geschichten erzählt werden, in denen der Holocaust zum Handlungsbaustein individueller Geschichten reduziert wird“. Damit lässt sich eine erheblich intensivere Emotionalisierung erzielen, wie die „Doku-Dramen“ zeigten. Die Frage, ob diese



Ulrike Leutheusser leitet den für Zeitgeschichte zuständigen Programmreich beim Bayerischen Fernsehen

Fotos: Pötzl

men herrschte weitgehend Einigkeit. Natürlich, so BR-Redakteur Christian Lappe und Ulrich Brochhagen (MDR, Geschichts-Arbeitskreis der ARD), sei die „vielgescholtene“ Einschaltquote wichtig. Daneben spielten aber auch Gedenktage (Stalingrad) oder Materialfunde und Forschungskontroversen eine gewisse Rolle. All dies sei auch für Spiegel-TV zutreffend, unterstrich Redaktionsleiter Michael Kloft. „Manchmal gewinnt die Recherche aber auch Züge von investigativem Journalismus“, wie die Nachforschungen zum Verhalten eidgenössischer Banken während der NS-Zeit beispielhaft zeigte. Da Spiegel-TV bei SAT1 oder RTL einen „geschützten Sendeplatz“ habe, könnten auch keine Themen oktroyiert werden.

Hitler bringt Quoten

Wie wichtig neben der Archivsuche Zeitzeugen seien, darauf verwiesen alle „Macher“. Für Thomas Hausner (Fernsehautor, u.a. „Hitler und die Frauen“) können nur Zeitzeugen „die



Sie schilderten die praktischen Probleme der „Macher“: Thomas Matzek (ORF), Thomas Hausner und Frau Ferlemann (BR), von links

Entwicklung – wie auch die „Hochwürzung“ der Bilder durch dramaturgische Effekte (schnelle Schnitte usw.) – vor allem negativ zu bewerten sei (sinkende Qualität und mangelnde Authentizität) oder auch positive Effekte habe (Erschließung neuer Zuschauerpotentiale), sei noch nicht abschließend zu beantworten.

Im anschließenden Panel stellten die Filmemacher und Redakteure Projekte der letzten Jahre vor. Auf die Frage nach den Auswahlkriterien für The-

Banalität des Alltags belegen“. Die Präsentation der Zeitzeugen und überhaupt die ästhetische Ausgestaltung hängen entscheidend von der finanziellen Ausstattung ab.

Fernsehautor Richard C. Schneider („Wir sind da!“) hierzu: „Die Not, mit der wir umgehen müssen, bestimmt die Ästhetik.“ Seiner Erfahrung nach kann man mit Filmen, die Hitler zum Gegenstand haben, erheblich höhere Einschaltquoten erzielen, als mit Filmen über andere Themen.

Ein Befund, dem Manfred Kittel vom Münchener Institut für Zeitgeschichte nur beipflichten konnte: „Es muss Hitler drauf stehen, auch wenn gar kein Hitler drin ist!“



Meggy Steffens (BR) und Ulrich Brochhagen (MDR): Quoten und Gedenktage spielen eine Rolle

Auf die besonders schwierige Situation in Österreich, wo nach wie vor keine richtige Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit stattfindet, wies der ORF-Fernsehautor Thomas Matzek hin, der gerade über das Schicksal von Österreichern im spanischen Bürgerkrieg arbeitet. Auf massive Archivprobleme stieß auch BR-Redakteurin Frau Ferlemann bei ihren Recherchen zum Thema Irak. Zum einen komme es der „Quadratur des Kreises“ nahe, die Geschichte dieses Landes in 45 Minuten darzustellen, andererseits sei das Archivmaterial nahezu unerschwinglich teuer. Außerdem befindet man sich permanent in einer Konkurrenzsituation mit den Politischen Redaktionen, die es auf dieselben Experten abgesehen hätten.

Auf das spezielle Format Wissenschaftsmagazin kam Astrid Harms aus der Redaktion Geisteswissenschaften des BR zu sprechen. Hier existiere das Problem, dass die Zuschauer in einer solchen Sendung keine Geschichtswissenschaft erwarteten. Ausnahme seien allenfalls spektakuläre archäologische Funde.

Theatralik statt Thesen

Aus der Sicht der historischen Forschung existiert ein Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Fernsehen. Der Würzburger Historiker Rainer F. Schmidt stellte die These auf: „Das

Fernsehen ist der quantitativ erfolgreichste Vermittler der Geschichte, zugleich aber unter qualitativen Aspekten der problematischste.“ Es sei nun mal, so Schmidt weiter, die „Unterhaltung das Ziel des Fernsehens“. Was nicht vermittelt werde, seien Sinnzusammenhänge. Dies könne nur durch Interpretation geleistet werden, was aber in Produktionen z.B. von Guido Knopp nur unzureichend geschehe. Gemäß dessen Diktums „History is cold, memory is warm!“ dominiere Schmidt zufolge „Emotion statt Erklärung, Anekdoten statt Analyse, Details statt Deutung, Szenen statt Systematik und Theatralik statt Thesen“.



Rainer F. Schmidt: „Das Fernsehen ist der quantitativ erfolgreichste Vermittler der Geschichte, aber unter qualitativen Aspekten der problematischste.“

Dieser harschen Kritik widersprach Hermann Schäfer, Direktor des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn. Es sei doch besser als nichts, so Schäfers Replik auf Schmidt, dass Knopp Oberflächenwissen produziere und an ein breites Publikum bringe. Damit würden Zuschauer erreicht, die sich für Geschichte nur wenig oder gar nicht interessierten.

Auch das Haus der Geschichte setze auf Emotionen. Viele Probleme träten deswegen auf, so Manfred Kittel, dass es einfach zu wenige „Wanderer zwischen den Welten der Forschungs- und der Fernsehhistoriker gibt.“ So komme es regelmäßig zu horrenden sachlichen Fehlern.



Hermann Schäfer: „Oberflächenwissen ist besser als nichts.“

Wie wichtig es sei, gerade Schüler immer wieder dafür zu sensibilisieren, sowohl mit Dokumentation wie auch Fiktion, die beides Produkte von Konstruktionsprozessen seien, kritisch umzugehen, dafür plädierte Heike Dekkert-Peaceman vom Fritz-Bauer-Institut für Geschichte und Wirkung des Holocaust (Universität Frankfurt).

„History is cold, memory is warm!“

Guido Knopp

Denselben Argumentationsstrang griff die Geschichtsdidaktikerin Waltraud Schreiber (Universität Eichstätt) auf. „Dekonstruktionskompetenz“ gelte es auszubilden. Immer wieder müsse man sich des Unterschieds zwischen der Vergangenheit und der Rekonstruktion von Vergangenheit bewusst werden. Nur so werde es möglich, die Konstruktionsprinzipien (wie wird Geschichte erzählt?) von der rein deskriptiven Ebene (was sagt der Film?) zu trennen und damit zu durchschauen. ■

Manfred Schwarzmeier



Die Namen der Autoren sprechen hinsichtlich Kompetenz und politische Bedeutung für sich:

Marianne Birthler
Horst Denzer
Thomas Gensicke
Erich Illgen
Hans Peter von Kirchbach

Detlef Pollack
Hermann Rappen
Bernd Seite
Arnold Vaatz
Konrad Weiß
Wolf-Dieter Legall

Weber, Jürgen; Piazolo, Michael (Hrsg.):
Justiz im Zwielicht: Ihre Rolle in Diktaturen und die Antwort des Rechtsstaates

München: Olzog 1998, brosch., 22,50 Euro
(Akademiebeiträge zur politischen Bildung, Akademie für Politische Bildung, Tutzing: Band 32)

Spätestens seit der Vergleich zur DDR-Justiz gezogen werden kann, hat die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Justiz unüberschaubar Eingang in die Bibliotheken gefunden. Der hier vorzustellende Sammelband von Jürgen Weber und Michael Piazolo ergänzt die schon reiche Literatur um einen gleichwohl sehr lesenswerten Beitrag. In durchweg kurzen Einzelbeiträgen beleuchten die knapp zwanzig Autoren die Aufgaben, die die Strafjustiz im Nationalsozialismus und während der SED-Herrschaft wahrnahm, und welche Motivation die Handelnden antrieb. Besonderen Wert gewinnt die Sammlung dadurch, dass sie

Horst Denzer (Hrsg.)

Glanz der Infrastruktur - Elend der politischen Kultur?

Zur Entwicklung der Demokratie in Ostdeutschland

Olzog Verlag GmbH, München, 2002

170 Seiten, 12,50 Euro, ISBN 3-7892-8097-6

Hier werden nicht die offiziellen Schönwetterparolen der politischen Klasse zum Stand der deutschen Einheit und zur Entwicklung der Demokratie in Ostdeutschland wiedergegeben, sondern in Zwischenstößen, Varianten und unterschiedlichen Einschätzungen spiegelt sich die ganze Vielfalt der Laageurteilung wider. Skepsis, Hoffnung und Zukunfts-optimismus sind gemischt; Resignation hat keinen Platz, und allen gemeinsam ist der Grundton vom Glück der deutschen Einheit.

Der vorliegende Band bietet erstmals eine vielfältige und differenzierte Bewertung der Entwicklung der Demokratie in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung aus ostdeutscher Sicht. Zeitzeugen, Politiker, Wissenschaftler und Praktiker zeichnen ein facettenreiches Bild des Zustands der ostdeutschen Demokratie. Die Beurteilung der Demokratieakzeptanz im Osten variiert ja nach Sichtweise, biographischer Vorbelastung und ausgeübter Funktion. Prominente ostdeutsche Zeitzeugen, Bürgerrechtler, Politiker, maßgebende Akteure und Wissenschaftler bewerten in diesem Buch die Entwicklung nach der friedlichen Revolution 1989. Zusätzlich schätzt das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, eines der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute, den Infrastrukturausbau in seiner Bedeutung für die Demokratieentwicklung ein.

Olaf Zwetkow in den Monatsheften für osteuropäisches Recht 1/2002

den Blick nicht auf die beiden genannten Herrschaftssysteme verengt, sondern sich auch mit der Rolle der Justiz in anderen diktatorischen Regimen befasst. Den Abschluss bilden kurze Abhandlungen zu den Aufgaben, die den rechtsstaatlichen Nachfolgern der „Unrechtsstaaten“ bei der Aufarbeitung der Vergangenheit zufallen.

Unter dem plakativen Titel „Parteisoldaten in Richterrobe“ geben die Herausgeber dem Band zunächst einen Rahmen, indem sie den Diskussionsgegenstand in einer die behandelten einzelnen Zeiträume und Staaten übergreifenden Weise umreißen. Mit einer Reihe von Fragen insbesondere zur Rolle der deutschen Nachkriegsjustiz lenken sie den Blick des Lesers auf die nachfolgenden Beiträge. ... Den breitesten Raum nimmt die Auseinandersetzung mit der Justiz in der DDR ein. ...

Jahresbibliografien 2002

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter:

Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung, 2., durchgesehene und erweiterte Auflage, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2002, Hrsg. mit Uwe Kranenpohl / Martin Sebaldt

Ein reiches Leben: Hans Maier. Reden zum 70. Geburtstag. Festveranstaltung am 21. Juni 2001 in der Akademie für Politische Bildung Tutzing. Akademischer Verlag, München 2002 (Hrsg.)

Machtwechsel. Regierung und Opposition in den neunziger Jahren.

In: Werner Süß (Hrsg.): Deutschland in den neunziger Jahren. Politik und Gesellschaft zwischen Wiedervereinigung und Globalisierung. Leske+Budrich, Opladen 2002, S. 53-70

Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland: eine Bilanz.

In: Heinrich Oberreuter / Uwe Kranenpohl / Martin Sebaldt (Hrsg.): Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. 2., durchgesehene und erweiterte Auflage, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2002, S. 303-320

Die Amerikanisierung des Wahlkampfes in Deutschland.

In: Robert Kriechbaumer / Oswald Panagl (Hrsg.): Wahlkämpfe. Sprache und Politik. Böhlau, Wien / Köln / Weimar 2002, S. 129-142

Speerspitze der Opposition – die Rolle der CSU seit 1998

In: Tilman Mayer / Reinhard C. Meier-Walser (Hrsg.): Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998. Olzog, München 2002, S. 89-101

Stichwörter „Hans Maier“ (S. 320-321), „Akademien“ (S. 418-419), „Föderalismus“ (S. 532-535) und „Pluralismus“ (S. 619-620). In: W. Becker / G. Buchstab / A. Doering-Manteuffel / R. Morsey (Hrsg.): Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Paderborn u.a. 2002

Direkte Demokratie und die repräsentative Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.

In: Zeitschrift für Politik, 49. Jg. 3/2002, S. 290-305

Idee, Norm und Realität sozialistischer Vertretungskörperschaften.

In: Werner J. Patzelt / Roland Schirmer (Hrsg.): Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, 2002, S. 75-86

Kollegium:

Prof. Dr. Peter Hampe

Ten Years of Transition in Former Socialist Countries : A Political Economic Balance, in: The Problems of Economic Integration of Ukraine into the EU. European Comparative Studies, hrsg. von R. Eisen et al., The Herald of TANE Nr. 18, part 4, Ternopil 2002, S. 48-56

Arbeit, Arbeit, Arbeit: Mit offensiven Strategien zu mehr Beschäftigung. Rezension des gleichnamigen Buches von Wolfgang Klauder, in: Politische Studien, Heft 382/2002, S. 113-115

Dr. Michael Piazolo:

Der Rechtsstaat. Bayerische Landeszentrale für Politische Bildung, München, 2.Aufl., 2002

Fakt. Arbeitsbuch für Sozialkunde. Unterrichtswerk für die Klassen 8, 9, 10 in Sachsen-Anhalt. Mitautor für die Themenschwerpunkte Recht und Rechtsprechung, Berlin, 2002

Sozialkunde. Unterrichtswerk für die Klasse 9 in Berlin. Mitautor für die Themenschwerpunkte Recht und Rechtsprechung, Berlin, 2002

„Herkules kam nicht bis Nizza“ - Überlegungen zur Erweiterungsfähigkeit der Europäischen Union, in: Forum Politikunterricht, 1/2002, S.13 ff.

Dr. Michael Schröder

Orientierung und Service: Die Zukunft des Printmarktes, in: Goberbauer-Marchner, Gabriele; Blümlein, Christian (Hrsg.): Berufsziel Medienbranche: Jobs im Printmarkt. Nürnberg 2002, S. 167-173

Dr. Manfred Schwarzeier:

Vom schlichten Sein zum schönen Schein? Kommunikationsanforderungen im Spannungsfeld von Public Relations und Politik. Hrsg. mit Stephan Becker-Sonnenschein. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2002

Kommunalwahl ab 16 Jahren. Mehr als nur ein Partizipationsplacebo?
In: Jugendnachrichten Nr. 1-2/2002, S. 7-8

Sozialgesetzgebung im parlamentarischen Regierungssystem.
Willensbildungsprozesse und Entscheidungsstrukturen des Gesetzgebungsprozesses zum Versorgungsausgleich 1980. In: Sozialer Fortschritt. Unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik. 51. Jg., Heft 3 / März 2002, S. 74-76

Auf der Suche nach dem Ort der politischen Entscheidung.
Bundestagspreis für Passauer Politikwissenschaftler. In: Universität Passau, Nachrichten und Berichte. Nummer 106 / April 2002, S. 47-48

Dr. Jürgen Weber

Kleine Geschichte Deutschlands seit 1945, München 2002 (1. und 2. Auflage)

Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur (Hg. mit Clemens Vollnhals), München 2002

Deutschland und die Welt nach 1945 (Buchners Kolleg. Themen Geschichte), Bamberg 2002

Das waren Zeiten – Band 4. Das 20. Jahrhundert (Unterrichtswerk für Geschichte an Gymnasien, Sekundarstufe I, Mitautor), Bamberg 2002, 259 Seiten

Einleitung (mit C. Vollnhals), in: Der Schein der Normalität, s.o., S. 9-16

Verbände, in: Martin Greiffenhagen/Sylvia Greiffenhagen (Hrsg.), Handwörterbuch zur Politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2002, S. 610-614

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

..... Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

15-1 9. – 11. April

New York – the Big Apple

In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München

Ort: Achatswies

Leitung: Klaus Grosch

Sekretariat: Birgit Desiderato Tel. 089/23327964

18-1 30. April

Zeitzeugen berichten – Widerstand und Verfolgung in der SED-Diktatur (1) Schülerseminar

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-4

20-1* 12. – 15. Mai

Europa zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Peter Hampe / Eva Post-Lange

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

20-2* 12. – 15. Mai

Zeitgeschichte im Film

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

21-1 21. – 23. Mai

Schule und Interkulturalität

In Zusammenarbeit mit dem Schulreferat der Landeshauptstadt München

Leitung: Klaus Grosch / Dr. Kang

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

21-2 23. – 25. Mai

Kamera drauf“

Gewöhnung an das Entsetzen in den Medien

In Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Jugend und Film und der Friedrich-Ebert-Stiftung

Leitung: Michael Schröder / Georg Rosenthal

Ort: Würzburg, Frankenwarte

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

21-3 23. – 24. Mai

Die Europäische Union vor der Erweiterung

In Zusammenarbeit mit der

Europäischen Akademie Bayern

Leitung: Michael Piazolo

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

22-1* 27. Mai

Vor 50 Jahren – Der 17. Juni 1953

in historischer Perspektive

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

23-1* 5. Juni

Zeitzeugen berichten – Widerstand und Verfolgung in der SED-Diktatur (2)

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

23-2* 2. – 6. Juni

Migration und Integration

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Ort: Dillingen

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz, Tel. 08158/256-50

24-1 13. – 14. Juni

Die Europäische Union als Wertegemeinschaft

Leitung: Michael Piazolo / Miriam Wolf

Ort: Regensburg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

24-2 12. – 13. Juni

Der 17. Juni 1953 als offener Widerstand

Ein bayerisch-sächsisches Begegnungsseminar

In Zusammenarbeit mit der Sächsischen

Landeszentrale für politische Bildung

Ort: Plauen

Leitung: Peter Hampe / Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

25-1 22. Juni

Italien und Europa

Tetralog, Europäische Wochen Passau

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

26-1* 28. Juni

Politische Bildung in Bayern

Hochschulkreis der Universität Erlangen

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

26-2 27. Juni

Die nachhaltige Bürgerkommune

Leitung: Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

26-3 26. Juni

Integration

Leitung: Klaus Grosch / Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

26-4 23. – 24. Juni

Vernetzung in der Sozialen Arbeit

In Zusammenarbeit mit dem Referat Sozialplanung der Landeshauptstadt München
Leitung: Klaus Grosch / Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

27-1* 30. Juni – 3. Juli

Die Wiedervereinigung Deutschlands: Voraussetzungen, Entscheidungen, Folgen
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach
Sekretariat: Renate Heinz, Tel. 08158/256-50

27-2* 30. Juni – 4. Juli

Politik, Kunst und Neue Medien

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Michael Schröder / Jutta Gruber
Ort: Dillingen
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

27-3 2. Juli

Akademiegespräch im Landtag

Leitung: Heinrich Oberreuter
Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

27-4 4. - 6. Juli

Der Marsch – wohin? Migration in und aus Afrika
Kooperationstagung mit Internationale Weiterbildung und Entwicklung (InWEnt)
Tagungsleitung: Klaus Grosch / Dr. F. Kayode Salau / Karl-Heinz Willenborg / Miriam Wolf
Ort: Feldafing
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

27-5 2. Juli

Eine Verfassung für die Europäische Union

Studententag
Leitung: Michael Piazolo
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

28-2 11. Juli

Aktuelle Fragen der staatsbürgerlichen Bildung

Leitung: Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

29-1 15. – 17. Juli

Aktuelle Aspekte der Sicherheitspolitik

In Zusammenarbeit mit den Landeszentralen Baden-Württemberg und Bayern
Leitung: Klaus Grosch / Hesse / Karg
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

30-1 25. – 27. Juli

Unzufrieden mit der Politik? Was tun?

Leitung: Heinrich Oberreuter / Klaus Grosch / Michael Schröder / Miriam Wolf
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

31-1 28. - 31. Juli

Fragen zur Zeitgeschichte – Probleme der Gegenwart

Ferienseminar I für Geschichts- und Sozialkundelehrer/innen
Leitung: Jürgen Weber
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Umbauten wegen umfangreicher und kostspieliger Brandschutzauflagen, die uns das zuständige Landratsamt macht, zwingen uns zu einer kurzfristigen und weniger umfangreichen Seminarplanung. Leider wird der Standard der Gästezimmer durch diese Maßnahmen nicht verbessert.

Auch zu diesem Zeitpunkt ist der vorliegende Seminarplan noch unvollständig, wir behalten uns Änderungen vor.

Am schnellsten und aktuellsten informieren Sie sich bitte über unsere Internet-Seite: www.apb-tutzing.de.

Michael Kuntz in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 18. November 2002:

Die neue Normalität des Risikos

... Einigkeit unter Ökonomen besteht allenfalls darin, dass die mittelfristigen Folgen des Terrorismus für die Weltwirtschaft den kurzfristig entstandenen ökonomischen Schaden bei weitem übertreffen. So das Fazit von Untersuchungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Dies zeigte sich zuletzt am Wochenende in Tutzing bei einer gemeinsamen Tagung der Akademie für Politische Bildung und der Evangelischen Akademie.

Hat das Krisenmanagement der Institutionen funktioniert? Unmittelbar nach den Anschlägen und als die Märkte geschlossen waren, hat die amerikanische Notenbank den Geschäftsbanken Liquidität fast zum Nulltarif gegeben. Die Regierung stattete allein die Luftfahrtindustrie mit 15 Milliarden Dollar aus. Die Wall Street brauchte nur 40 Handelstage, um das Kursniveau vor dem Ereignis wieder zu erreichen und auch das Verbrauchervertrauen erholte sich rasch. Für Willi Leibfritz (früher Ifo-Institut, heute OECD) zeigt dies: „Unser System kann Schocks absorbieren.“ ...

Welche Schritte könnten aus der gegenwärtigen Periode größerer Ungewissheit herausführen? Der DIW-Ökonom Tilman Brück sieht die wirksamste Waffe gegen den internationalen Terrorismus weniger in militärischen Aktionen, sondern in politischen Lösungen für die Konflikte im Nahen Osten und die Versorgung mit Erdöl. Konsens war in Tutzing, dass die Entwicklungsländer nicht weiter von der Entwicklung der Industrieländer abgekoppelt werden dürfen, etwa durch von ihnen nicht finanzierbare Auflagen für See- und Flughäfen. ...

Matthias Gebauer in: SPIEGEL-Online vom 27.11.2002
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,223154,00.html>

al-Qaida startete neue Offensivphase

Das Terrornetz al-Qaida hat nach Einschätzung von Geheimdienstlern in den letzten Wochen zumindest medial eine neue Offensivphase begonnen. Das macht auch den deutschen Sicherheitsbehörden große Sorgen. Besonders fürchten die Terror-Experten einen Anschlag auf weiche, schlecht bewachte Ziele nach dem Muster der Bali-Attacke auf eine Discothek. Es kommt nicht gerade oft vor, dass Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND) an die Öffentlichkeit gehen. Normalerweise arbeitet die Behörde für Auslandsaufklärung aus dem bayerischen Pullach im Stillen und das ist nach Versicherung aller Mitarbeiter „auch gut so“. Was führende BND-Mitarbeiter jedoch allein in den letzten Wochen nach außen gebracht haben, ist gerade deshalb mit größter Aufmerksamkeit registriert worden. ...

Auf einer Tagung der politischen Akademie in Tutzing erläuterte am Freitag der BND-Abteilungsleiter für den Bereich internationaler Terrorismus die jüngste Tonband-Analyse der Geheimdienstler. Demnach sei die vergangene Woche verbreitete Nachricht von Osama Bin Laden, in der er Deutschland als konkretes Ziel für den Terror nennt, „aus unserer Sicht zu 90 Prozent authentisch“, sagte Michael Hildebrandt. Die Nachricht sei beim BND innerhalb weniger Stunden übersetzt und analysiert worden, so Hildebrandt weiter. Man nehme die Ankündigung sehr ernst, da schon in der Vergangenheit ähnliche Nachrichten vor Anschlägen verbreitet worden seien. ...

Besonderes Kopfzerbrechen bereitet den Fahndern, dass der Anschlag auf die Diskothek in Bali Schule machen könnte. Es sei eine Tendenz hin zu

solchen so genannten „Soft Targets“ zu erkennen, sagte der BND-Referatsleiter Michael Hildebrandt in Tutzing. „Man kann nicht zwingend davon ausgehen, dass es auch so weiter geht. Aber es ist wahrscheinlich, dass möglicherweise eher weniger scharf bewachte Ziele in Frage kommen“, sagte Hildebrandt. Man dürfe nicht dem Glauben verfallen, dass die Terroristen in der Zukunft wieder nach dem Muster des 11. Septembers vorgehen würden. Trotzdem dürfe die Bewachung der gefährdeten Objekte wie Flughäfen oder anderen Verkehrsmitteln nicht aufgegeben werden. ...

Qaida-Strukturen wieder voll in Takt

Nach Einschätzung von Hildebrandt und seiner Behörden hat die al-Qaida nach der Zerstörung ihrer Basis in Afghanistan ihre Strukturen wieder aufgebaut. „Diese recht lose Netzwerkstruktur mit Emissären in verschiedenen Ländern und Kämpfern in aller Welt ist eine der Stärken der Qaida“, sagte Hildebrandt. Nach der neuen Tonbandaufnahme sehen sich die Experten auch endgültig in ihrer Ansicht bestätigt, dass der Terror-Chef Osama Bin Laden noch lebt. „Wir vermuten, dass die Terroristin Osama Bin Laden und auch sein Stellvertreter al-Zawahiri sich mit Unterstützung lokaler Paschtunengruppen im Grenzgebiet von Afghanistan und Pakistan versteckt halten“, sagte Hildebrandt. Die Strukturen der al-Qaida außerhalb von Afghanistan seien weitgehend intakt geblieben. ...

(siehe Seiten 10-12)

Bernhard Fleischmann in MITTELBAYERISCHE ZEITUNG, 23./24. November 2002:

Das Militär kann den Terrorismus nicht ausrotten

Der islamistische Terror wird seine Anstrengungen noch erhöhen, die nach seiner Definition dekadente westliche Welt zu attackieren. „Kurz- und mittelfristig ist keine Entspannung zu sehen“, warnt der Abteilungsleiter für internationalen Terrorismus beim Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach, Michael Hildebrandt.

Die äußerst dezentral organisierten Gruppen machen es den Fahndern nicht leicht. „Hochprofessionell“ gingen die Täter vor, sagte der BND-Spezialist bei einer Tagung in Tutzing. Sie verfügten über sehr gut gefälschte Pässe und Kreditkarten; Handys würden oft ausgetauscht, E-Mails aus Internet-Cafés verschickt. Unauffällige Überweisungen sicherten ebenso die Geldversorgung wie der physische Transport von Bargeld, Gold, Edelsteinen.

Die Finanzierung ist laut Hildebrandt breit diversifiziert und somit recht clever organisiert: Dazu gehörten legale Geschäfte ebenso wie Kreditkartenbetrug und Rauschgifthandel. Eine „maßgebliche Rolle“ spielten NGOs (Nicht-Regierungsorganisationen). Aus so mancher caritativen Organisation fließe Geld an das Terrornetzwerk El Kaida, die der BND-Spezialist als „Art Anlaufstelle für Islamisten“ typisiert. Der Spendenfluss sprudelte überwiegend aus der arabischen Halbinsel. Große Hoffnungen setzt die Politik bei der Terrorbekämpfung auf die Austrocknung der Finanzströme. So müssen Banken in Deutschland den Verdacht auf Geldwäsche anzeigen. Derzeit passiert das rund 10.000 mal im Jahr, verrät Thorsten Höche vom Bundesverband Deutscher Banken. Die

Zugriffsmöglichkeiten nähren aber den Verdacht, dass es nicht mehr nur um das Aufspüren von Terroristen geht. So werde die Bank verpflichtet, Geldbewegungen mit Daten zu versehen, die eine Identifikation ermöglichen. Die zuständige Bundesaufsicht könne darauf zugreifen und sei selbst zur Auskunft verpflichtet, wenn Ermittlungsbehörden nachfragen. Beim künftigen Kontenscreening würden die Banken rastermäßig überprüfen, „was ein Kunde dort so treibt“, und ihm ein Profil geben. Kontobewegungen, die dann nicht dazu passen, werden vom Geldwäschebeauftragten der Bank geprüft. „Wir sehen das mit begrenzter Begeisterung“, so Höche. ...

Johannes Eber im SÜDKURIER vom 19. November 2002:

Das Pulver ist verschossen

... Die jüngsten Analysen über die ökonomischen Folgen des 11. Septembers zeigen vor allem eines: die Auswirkungen sind vielfältig, wurden aber geschickt begrenzt. Da gab es zum einen die kurzfristigen Effekte. Versicherungen bekamen diese zum Beispiel zu spüren. Die mussten allein zur Begleichung von Sachschäden 19 Milliarden Dollar ausbezahlt. Nur beim Hurrikan „Andrew“, der 1992 in Florida gewütet hatte, war die Schadensumme mit 20 Milliarden höher gewesen. Doch selbst die entsprach gerade mal 5 Prozent der jährlich eingezahlten Prämien. Und so hat es in der gesamten Versicherungswirtschaft in Folge des 11. Septembers keine einzige Pleite gegeben. Die Tourismus- und Luftfahrtbranche kam nicht so glimpflich

davon. Letztere erwischt es besonders hart. 17 Fluggesellschaften sind allein in Europa seit dem Einsturz des World-Trade-Centers aus dem Markt ausgeschieden.

Während die kurzfristigen Auswirkungen des 11. Septembers auf einzelne Branchen offen sichtbar sind, gibt es für den gesamten Welthandel nur grobe Annäherungen. Fest steht: Die so genannten Transaktionskosten sind gestiegen. Darunter verstehen Ökonomen all jene Kosten, die in Folge wirtschaftlichen Handelns entstehen. Transportkosten gehören maßgeblich dazu. Und genau die haben in Folge erhöhter Sicherheitsmaßnahmen zugenommen.

„Um mindestens ein Prozent sind die Transaktionskosten im Welthandel

nach dem 11. September gestiegen“, schätzt Willi Leibfritz von der Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD). Ein Auto zum Beispiel, das vorher für 10.000 Euro angeboten wurde, würde jetzt mindestens 10.100 Euro kosten. Steigen aber die Preise, lohnt sich der Handel mit manchen Waren nicht mehr. Die Weltbank glaubt, dass eine einprozentige Erhöhung der Transaktionskosten den internationalen Warenhandel um 3 Prozent reduziert.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DfW) hat vorgerechnet, dass diese Abnahme das Weltsozialprodukt um 75 Milliarden Dollar im Jahr senken würde. Das hört sich viel an, ist aber nicht mehr als 0,24 Prozent des globalen Sozialprodukts von 2001. ...

(siehe Seiten 10-12)

Reinhard Brennecke in der BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG vom 4. Dezember 2002:

„Am Ende zahlt der Steuerzahler“

„Frankfurt ist überall“, lautet das knappe Fazit von Deutschlands wohl bekanntestem Korruptions-Fahnder Wolfgang Schaupensteiner auf einer Tagung der Akademie für Politische Bildung Tutzing zum Thema Korruption in Deutschland.

Der Oberstaatsanwalt aus der Main-Metropole setzt sich seit Jahren vehement nicht nur für ein bundesweites, sondern – vor dem Hintergrund der länderübergreifenden Firmentätigkeiten – für ein EU-weites Korruptionsregister ein, mit dem schwarze Schafe aus dem Verkehr gezogen werden sollen.

Schaupensteiner spricht von der gefährlichen „Wachstumsbranche Korruption“ und analysiert: „Die Überzeugung der Bürger von der Nichtkäuflichkeit der Repräsentanten staatlicher Autorität gerät ins Wanken und hat

bereits tiefe Risse erhalten. Mit jedem aufgedeckten Fall von Korruption in staatlicher Verwaltung und Politik wird das gesamte Handlungsgefüge des seinem Selbstverständnis nach nur dem Gesetz verpflichteten Staates in Frage gestellt.“

„Das zweitälteste Gewerbe“

Der Braunschweiger Oberstaatsanwalt Dr. Hans-Jürgen Grasemann betont gegenüber unserer Zeitung: „Korruption ist das zweitälteste Gewerbe der Welt.“ Nach der Devise „Wer gut schmiert, der gut fährt“ werde dem Staat und dem allgemeinen Rechtsbewusstsein durch Korruption, Vorteilssammlung und Bestechlichkeit ein Schaden zugefügt, der im Interesse des Erhalts der moralischen Grundlagen des Gemeinwesens eingedämmt werden müsse.

Nach Angaben von Britta Bannenberg, Professorin für Kriminologie und Strafverfahrensrecht an der Universität Bielefeld, gibt es bundesweit rund 32.000 öffentliche Vergabestellen für Aufträge. Allein dies verdeutlicht die Dimension des Korruptionspotenzials. Grasemann präzisiert: „Korruption ist ein opferloses Kontrolldelikt. Es gibt nur Täter: einen, der gibt, und einen, der nimmt. Geschädigt wird allerdings immer die öffentliche Hand.“ Die Zuwendungen von Firmen an Beamte nach entsprechend „großzügiger Prüfung“ eines Angebots würden in aller Regel in den Rechnungen versteckt – oder auf andere Weise wieder hereingeholt.

Sondermüll verarbeitet

Britta Bannenberg verweist in diesem Zusammenhang auf ein Unternehmen, das die Besteckungssumme dadurch kompensierte, dass es in Flughafen-Lärmschutzwände Sondermüll einbaute. Der Lohn für Aufträge könne aber auch aus schwarzen Kassen stammen. Grasemann: „Am Ende zahlt immer der Steuerzahler.“ ...

DONAUWÖRTHER ZEITUNG vom 29. November 2002:

Gymnasiasten aus Donauwörth untersuchen den Nahostkonflikt

Die Klasse 11d des Gymnasiums Donauwörth nahm am Forum „Gewalt und Toleranz in und zwischen Gesellschaften – Beispiel Nahost-Konflikt“ der Akademie für Politische Bildung in Tutzing teil. Die Schüler schrieben darüber einen Bericht.

Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht etwas in den Nachrichten über palästinensische Selbstmordanschläge in Israel und Vergeltungsaktionen der israelischen Armee zu sehen und zu lesen ist und in der keine Opfer zu beklagen sind. Und beide Seiten sehen sich im Recht. Es fällt zunehmend schwer, sich ein umfassendes Bild dieses Konflikts zu verschaffen. Vor allem im Rahmen des Schulunterrichts ist es fast unmöglich, alle Seiten des Konflikts genau zu betrachten.

Deshalb nahm die Klasse 11d die Einladung der Akademie zu einem viertägigem Forum in Tutzing über den Nahost-Konflikt gerne an.

Zusammen mit einem Geschichtsleistungskurs des Gymnasiums Geretsried erarbeiteten sie verschiedene Bereiche des Konflikts, zum Beispiel die Kultur und die Wirtschaft des Landes Israel. Begleitet und unterstützt wurden die Schüler dabei von den Seminarleitern Miriam Wolf und Dr. Manfred Schwarzmeier, von dem Nahost-Experten Michael Ingber, einem ehemaligen israelischen Offizier, und von dem Palästinenser Afif Semaan aus der jüdisch-palästinensischen Dialoggruppe München. Sie schilderten in persönlichen Gesprächen und im offenen Podiumsgespräch sehr eindringlich die Situation vor Ort.

„Ihr wisst jetzt mehr über diesen Konflikt als 99 Prozent aller Menschen“, so Michael Ingber am Ende der Tagung. Dies konnten alle nur bestätigen, denn von diesem „Crash-Kurs“ zum Thema Naher Osten haben alle profitiert. „Es ist toll, dass ich jetzt so viel über das Thema weiß, das hätte ich im Rahmen des Unterrichts nie erfahren können. Jetzt weiß ich auch endlich die Zusammenhänge dieses Krieges, wenn darüber wieder etwas in den Nachrichten berichtet wird“, schildert Ingrid Müller ihren Eindruck. Sie spricht hier für alle Teilnehmer des Gymnasiums. Die Unterrichtszeit sei einfach zu kurz, um solche aktuellen Themenbereiche zu besprechen. Die Gelegenheit, auf solche Seminare zu fahren, sollte öfters geboten werden ...

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter hielt u. a. Vorträge zur Bundestagswahlanalyse in München, Maria Laach und Vaterstetten. Bei einem Expertengespräch der Hanns-Seidel-Stiftung referierte er über „Regierung und Opposition nach der Bundestagswahl. Perspektiven für die Entwicklung des Parteiensystems.“ Im Haus der Geschichte der Bundesrepublik, Bonn, war er Teilnehmer einer Podiumsdiskussion zum Thema: „Der Holocaust - Lähmung oder Chance?“. Zu Kooperationsgesprächen weilte er an der Universität Warschau, an der New School for Social Research University New York und in Oslo beim Ministerpräsidenten, Wissenschafts- und Bildungsminister sowie am Holocaust Centre.

KOLLEGIUM

Prof. Dr. Peter Hampe referierte beim Lions-Club Emmendingen über „Indikatoren, Ursachen und Wirkungen der Globalisierung“ und bei der Landes-Polizeischule Sachsen über „die wirtschaftlichen Auswirkungen der EU-Erweiterung auf Deutschland und Sachsen“, auf der 7. Internationalen Konferenz in Yalta über „die Probleme der wirtschaftlichen Integration der Ukraine in die EU“ hielt er einen Vortrag über „Economic Globalization: Historical Experience and Driving Forces“.

Die Gefährdungen der Demokratie im Gedächtnis behalten

Jürgen Maruhn in den Ruhestand verabschiedet

In Jürgen Maruhns Abiturzeugnis findet sich die Bemerkung: „Gesellschaftlichen Fragen stand er abwartend gegenüber“; ein Zeugnis aus dem Jahr 1955 und aus Dresden.

Vom Standpunkt des SED-Regimes aus gesehen war Jürgen Maruhn also ein unsicherer Kantonist, zumindest ein Skeptiker. Wahrscheinlich hätte er es in der DDR mit dieser Beurteilung seiner „gesellschaftlichen Tätigkeit“ nicht leicht gehabt. Aber er hat darauf verzichtet, dies auszuloten und ging kurz darauf in den Westen.

Die Zeugnisbeurteilung zeigt vor allem eine Lebensorientierung und ein Lebensthema. Maruhn ist stets ein Sozialdemokrat im Schumacherschen Sinn gewesen, ideologischen Verführungen und Romantizismen abhold. Das Demokratische war für ihn stets bestimmend. Seit der Wiederherstellung der Deutschen Ein-

heit hat er sich mit Konsequenz in der Akademie Themen gewidmet, welche die Gefährdung und Zerstörung der Demokratie durch die SED-Diktatur analysieren und im Gedächtnis halten wollten. Mancher betroffene Zeitzeuge bekam bei solchen Tagungen erstmals die Chance, seine Erfahrungen zu kommunizieren. Die Akademie wurde dabei unter Kennern zu einer geschätzten Adresse, gerühmt für ihre Praxis, manche zeitgeschichtliche Tabuisierung nicht mitzumachen.

An dieser Akademie hat Jürgen Maruhn seit dem 1. April 1970 gewirkt, wobei dem Diplom-Volkswirt primär ökonomische Themen oblagen. Er hat sich aber zum Glück nicht einengen lassen. Zugleich ist er immer auch der praktischen Politik zugewandt geblieben, in nüchtern-pragmatischer Orientierung. Auch diese Erfahrungen konnte er in die Akademiearbeit einbringen, ohne dass je gehört worden wäre, er habe die in Bildungsprozessen unab-



Ein Sozialdemokrat im Schumacherschen Sinn: Jürgen Maruhn bei seiner Verabschiedung

Foto: ms

dingbar gesetzten Grenzen parteipolitischer Neutralität verletzt.

Man fragt sich, wie Maruhn im Ruhestand ohne die Akademie auskommt, die ihn prägte und die er mitgeprägt hat. Seine Verabschiedung ist niemandem leicht gefallen. Dankbar denken wir an die gemeinsame Zeit zurück. ■

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter